

Kostrzewa, Wojciech Julian

Working Paper — Digitized Version

Verpaßt Osteuropa den Anschluß auf den Weltmärkten?

Kieler Diskussionsbeiträge, No. 144

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Kostrzewa, Wojciech Julian (1988) : Verpaßt Osteuropa den Anschluß auf den Weltmärkten?, Kieler Diskussionsbeiträge, No. 144, ISBN 3925357645, Institut für Weltwirtschaft (IfW), Kiel

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/48050>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Verpaßt Osteuropa den Anschluß auf den Weltmärkten?

von Wojciech Kostrzewa

AUS DEM INHALT

- Die europäischen RGW-Staaten haben seit 1965 in der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung erheblich an Boden verloren. Auf den Märkten der OECD betragen die Verluste der sechs europäischen RGW-Länder (ohne Sowjetunion) in der Zeit von 1965 bis 1987 fast ein Drittel ihrer Marktanteile.
- Das Ausmaß des Verlusts an Wettbewerbsfähigkeit der RGW-Staaten wird deutlich, wenn man asiatische Schwellenländer zum Vergleich heranzieht: Während die Exportstrukturen der sozialistischen Länder denjenigen der ärmeren unter den Entwicklungsländern immer ähnlicher wurden, konnten die asiatischen Schwellenländer mit einem erweiterten Produktangebot an forschungsintensiven Gütern ihre Stellung in der Weltwirtschaft erheblich verbessern.
- Bemerkenswerte Unterschiede bezüglich der Änderungen der Wettbewerbsfähigkeit sind auch innerhalb der RGW-Staaten feststellbar. Sie weisen auf einen deutlichen Zusammenhang zwischen der Wirtschaftspolitik des jeweiligen Landes und seinen Mißerfolgen auf den Weltmärkten hin. So konnte ein Land wie Ungarn Änderungen der internationalen Wettbewerbsfähigkeit vorweisen, die denen der asiatischen Schwellenländer nahekamen. Die sozialistisch-orthodoxe Wirtschaftspolitik der DDR schlug sich dagegen in besonders starken Verlusten der Marktanteile und der Wettbewerbsfähigkeit nieder, und zwar gerade in jenen forschungsintensiven Gütergruppen, in denen man eigentlich Vorteile der DDR vermutet hätte.
- Die Ursachen für diese Fehlentwicklungen sind in dem Zusammenwirken von systemimmanenten Eigenschaften der RGW-Staaten und externen Störungen zu suchen. Die für sozialistische Länder typischen Lenkungsmechanismen waren zwar stets weit von dem Effizienzoptimum entfernt, hatten aber in einer schockfreien Zeit noch eine gewisse Wirksamkeit und gewährleisteten Systemstabilität. Die inhärente Labilität des Wirtschaftssystems wurde offenbar, als es um die Anpassung an die Ölpreisschocks der siebziger Jahre ging. Dies überforderte die RGW-Länder, wobei in den einzelnen Ländern der Grad des Versagens mit zunehmender Zentralisierung stärker wurde.
- Zu einer Verbesserung der internen Wirtschaftslage der RGW-Staaten und infolgedessen zur Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit wird es nur dann kommen, wenn zusätzlich zu der bisher erfolgten partiellen Einführung der Marktelemente das Preisfindungssystem und die institutionellen Rahmenbedingungen gründlich reformiert werden. Die Erfahrungen der letzten zwanzig Jahre legen es dabei nahe, von Versuchen nur gradueller Einführung von Marktelementen abzusehen, da dies den etablierten Interessengruppen die Möglichkeit gäbe, sich wirksam zur Wehr zu setzen.

A 4 097 / 88
 Institut für Weltwirtschaft
 Kiel

INHALTSVERZEICHNIS

I.	Die Staaten Osteuropas in der Weltwirtschaft	3
II.	Erklärungsansatz	6
	1. Vorbemerkungen	6
	2. Randbedingungen	7
	a. Allokationsmechanismen, Marktstrukturen und Organisationsformen in RGW-Ländern	7
	b. Ölpreisschocks und Verschuldungsprobleme	13
	3. Arbeitshypothese: Systemimmanente Instabilität und exogene Schocks	16
III.	Der empirische Befund	18
	1. Klassifikation der handelbaren Güter	18
	2. RGW-Länder insgesamt	20
	a. Veränderungen in der Exportstruktur	20
	b. Veränderungen in der Wettbewerbsfähigkeit	24
	3. Der Fall der DDR, Polens und Ungarns	29
IV.	Schlußfolgerungen	33
V.	Literaturverzeichnis	38

CIP-Titelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Kostrzewa, Wojciech:

Verpaßt Osteuropa den Anschluß auf den Weltmärkten?

/ von Wojciech Kostrzewa. Inst. für Weltwirtschaft

Kiel. - Kiel : Inst. für Weltwirtschaft, 1988

(Kieler Diskussionsbeiträge ; 144)

ISBN 3-925357-64-5

NE: GT



Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

Postfach 43 09, D-2300 Kiel 1

Alle Rechte vorbehalten

Ohne ausdrückliche Genehmigung ist es auch nicht

gestattet, den Band oder Teile daraus

auf photomechanischem Wege (Photokopie, Mikrokopie) zu vervielfältigen

Printed in Germany

ISSN 0455 - 0420

I. Die Staaten Osteuropas in der Weltwirtschaft

Die achtziger Jahre können ohne Übertreibung als Krisendekade sozialistischer Wirtschaftssysteme bezeichnet werden. Die Polen-Krise, die das Jahrzehnt einleitete [Ash, 1983; Holzer, 1985], findet ihre Fortsetzung in zunehmend sichtbarerem Krisenerscheinungen im gesamten Raum des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) [Kosta, Levčik, 1985]. Seit dem Machtantritt von Michail Gorbatschow im Jahre 1985 wird auch in der Sowjetunion das Bestehen einer wirtschaftlichen (und politischen) Krisensituation zugegeben [Gorbatschow, 1987]. Dabei handelt es sich um die größte und in ihrer Dauer auch längste wirtschaftliche Krise sozialistischer Länder Osteuropas seit deren Bestehen.

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten sozialistischer Staaten begannen sich gegen Ende der siebziger Jahre auch auf den Außenwirtschaftssektor auszuwirken. Von dieser Entwicklung besonders betroffen wurden die Handelsbeziehungen zwischen europäischen RGW-Staaten (1) und den Mitgliedsländern der Organization for Economic Co-operation and Development (OECD). Diese Handelsbeziehungen hängen primär von der Fähigkeit sozialistischer Länder ab, Produkte auf den westlichen Märkten abzusetzen und mit dadurch erhaltenen Devisenerlösen Importe zu finanzieren. Die Kreditfinanzierung der Importe spielte dagegen seit Mitte der siebziger Jahre eine immer geringere Rolle. Mit der sinkenden Chance, eigene Produkte auf den westlichen Märkten abzusetzen, trat der RGW in eine neue Phase seiner Entwicklung.

Denn als im Jahre 1949 der RGW gegründet wurde, war das in erster Linie eine politisch motivierte Antwort auf den amerikanischen Marshall-Plan (2). Seine wirtschaftliche Bedeutung war in den ersten Jahren gering, sie paßte jedoch in die durch den Kalten Krieg gekennzeichneten wirtschaftspolitischen Zielsetzungen der

* Der Autor dankt Juergen B. Donges, Hans H. Glismann und Bernhard Heitger für wertvolle Anregungen.

- (1) Zu den hier untersuchten Ländern zählen die europäischen Mitgliedsstaaten des RGW. Dies sind im einzelnen: Bulgarien, CSSR, DDR, Polen, Rumänien, UdSSR und Ungarn, im folgenden als RGW (7) bzw. RGW bezeichnet. Der Term RGW (6) bezieht sich auf die genannten Länder ohne die UdSSR.
- (2) Die Teilnahme am Marshall-Plan haben ursprünglich einige osteuropäische Länder zugesagt, die Zusagen sind jedoch später aufgrund des politischen Drucks der sowjetischen Führung zurückgezogen worden. Die Gründung des RGW sollte eine Art Ersatz für die verwehrte Teilnahme am amerikanischen Wiederaufbauprogramm darstellen. Sie beendete auch Versuche einiger osteuropäischer

Sowjetunion und der übrigen sozialistischen Staaten, die auf eine Abkopplung von der Weltwirtschaft und auf ökonomische Autarkie ausgerichtet waren.

Erst in den sechziger Jahren ist die Rolle des Außenhandels als Wachstumsfaktor neu bewertet worden. Eine vorsichtige Öffnung der RGW-Staaten wurde eingeleitet, und es kam zu einer zunehmenden Integration in die Weltwirtschaft. Die siebziger Jahre brachten mit dem Beginn der Entspannungspolitik einen weiteren Schub hinsichtlich der wirtschaftlichen Öffnung zum Westen. Der Außenhandel in den sozialistischen Staaten verlor nach und nach seine Funktion als Lückenfüller in dem hinter der Nachfrage ständig zurückbleibenden heimischen Produktangebot. Er entwickelte sich, zumindest in den kleineren osteuropäischen Ländern, zu einem wichtigen Faktor in den wirtschaftlichen Entwicklungsplänen. In den meisten sozialistischen Ländern erkannte man auch, daß eine erfolgreiche Wirtschaftsentwicklung im Rahmen einer geschlossenen Wirtschaft kaum zu erreichen ist.

In der Folge konnten die RGW-Staaten in der ersten Hälfte der siebziger Jahre steigende Exporterlöse verzeichnen, die zur Deckung zunehmender Importe aus den westlichen Ländern benutzt wurden. Zusätzliche Finanzierungsmöglichkeiten entstanden aufgrund der großzügigen Kreditvergabe seitens westlicher Regierungen und Banken. Mit den steigenden Importen wuchs auch die Bedeutung Osteuropas als Absatzmarkt für die westlichen OECD-Länder. Es konnte jedoch seine Stellung als schnell wachsender Zukunftsmarkt nicht behaupten. Die Anteile der Ost-Exporte an den gesamten Ausfuhren der OECD-Länder hatten bereits 1975 ihren Höhepunkt mit 4,8 vH überschritten und sich bis 1987 halbiert.

Die Position der meisten osteuropäischen Staaten als Anbieter auf dem OECD-Markt hatte sich im Laufe der siebziger Jahre sichtbar verschlechtert; nur die UdSSR konnte ihre Marktanteile bis 1986 auf dem Niveau des Jahres 1965 halten (1). Erst

Staaten, ihre Handelsbeziehungen auf der Basis einer liberalen Welthandelsordnung aufzubauen (zu den Gründungsmitgliedern des General Agreement on Tariffs and Trade (GATT) zählten die CSSR, Polen, Rumänien und Ungarn).

- (1) Im Welthandel zeichnete sich ebenfalls seit der Mitte der siebziger Jahre eine abnehmende Bedeutung der RGW-Staaten ab, denn ihr Anteil an den Weltexporten sank ständig. Er lag im Jahre 1987 mit 8,3 vH um rund 17 vH unter dem Stand des Jahres 1965. Die abnehmende Bedeutung der sechs RGW-Staaten ohne die UdSSR war noch deutlicher. Der Weltexportanteil dieser Länder erreichte im Jahre 1987 mit 4,1 vH nur noch knapp zwei Drittel der entsprechenden Werte aus dem Jahre 1965 [ECE, 1988]. Für das Jahr 1988 wird sowohl bei den RGW(6)-Staaten als auch bei der Sowjetunion mit noch weiter zurückgehenden Anteilen an den Weltexporten gerechnet.

Tabelle 1 - Anteile der RGW-Staaten (a) an OECD-Importen 1965-1987 (vH)

	1965	1970	1975	1977	1980	1984	1985	1986	1987(b)
Erzeugnisse insgesamt									
UdSSR	1,38	1,14	1,44	1,58	1,73	1,96	1,54	1,33	1,19
RGW(6)	1,62	1,56	1,56	1,42	1,31	1,22	1,14	1,12	1,05
DDR	0,22	0,18	0,18	0,15	0,15	0,18	0,17	0,16	0,14
RGW(5) (c) insgesamt	1,40	1,38	1,38	1,27	1,16	1,04	0,97	0,96	0,91
Industriewaren									
UdSSR	0,69	0,48	0,50	0,60	0,51	0,40	0,32	0,35	.
RGW(6)	1,23	1,24	1,44	1,45	1,35	1,05	0,96	0,94	.
DDR	0,20	0,23	0,23	0,21	0,20	0,19	0,18	0,17	.
RGW(5) (c) insgesamt	1,03	1,01	1,21	1,24	1,15	0,87	0,78	0,77	.

(a) Ohne innerdeutschen Handel. - (b) Geschätzt. - (c) RGW(5) = RGW-Länder ohne UdSSR und DDR.

Quelle: OECD [b; c]; eigene Berechnungen.

im Jahre 1987 lag auch die UdSSR deutlich unter den Werten des Jahres 1965 (Tabelle 1).

Diese für die RGW-Länder ungünstige Tendenz zeichnet sich noch deutlicher auf dem Teilmarkt der Industriegüterexporte ab. Die nach 1977 ansetzende Verlangsamung der Wachstumsraten der Exporte, die in dem Jahrzehnt 1977-1986 unter den entsprechenden Werten für die Zunahme der Weltexporte insgesamt lagen, wie auch der Rückgang der Marktanteile der Industriegüterexporte verdeutlichen die für die RGW-Staaten ungünstige Entwicklung. Alle hier dargestellten Daten deuten darauf, daß Osteuropa den Anschluß an die Weltwirtschaft bereits Ende der siebziger Jahre verloren hatte. Dies ist um so erstaunlicher, weil es Gründe dafür gibt, daß man mit einem eher umgekehrten Trend hätte rechnen müssen, d.h.

- wachsende politische Akzeptanz des Außenhandels seitens der politischen Führung in Ostblockländern, der Ankündigungen über eine verstärkte Außenorientierung der einzelnen Länder folgten [Brus, 1986];
- zunehmende Verschuldungsprobleme der RGW-Länder, die ihren (vorläufigen) Höhepunkt 1981-1982 mit der praktischen Zahlungsunfähigkeit von Polen und Rumänien fanden [Zloch-Christy, 1987] und eigentlich zur Ausweitung der Exporte hätten führen müssen, um auf diese Weise die Zahlungsprobleme zu überwinden.

Diese positiven Faktoren, die das Wachstum der West-Exporte von RGW-Ländern hätten begünstigen müssen, sind offensichtlich von anderen, negativen Faktoren überschattet worden. Eine detaillierte Analyse mag helfen, Ausmaß und Ursachen für diese Entwicklung zu erkennen. In Kapitel II wird der Erklärungsansatz vorgestellt. In Kapitel III wird dieser Erklärungsansatz einer Reihe empirischer Tests unterzogen.

II. Erklärungsansatz

1. *Vorbemerkungen*

Die Verluste der RGW-Staaten auf dem Weltmarkt waren in den letzten Jahren so stark, daß sie spürbaren Einfluß auf die innere Stabilität dieser Länder hatten. Die Mißerfolge im Außenhandel waren von sozialen Spannungen und Krisen in der Binnenwirtschaft begleitet, die alle sozialistischen Länder Osteuropas trafen.

Dieser Sachverhalt steht im Widerspruch zu den Lehren der kommunistischen Theoretiker. So sollten doch Krisen eine charakteristische Eigenschaft der kapitalistischen Produktionsweise sein [Marx, Engels, 1906]. Lenin [1921] glaubte, daß die inhärenten Widersprüche im System des Kapitalismus in seinem höchsten Stadium - dem Imperialismus - so zunehmen würden, daß es schließlich mit den sich häufenden Krisen zum Zusammenbruch käme. Auch in den achtziger Jahren behaupteten Vertreter der sowjetischen politischen Ökonomie noch, daß Krisen nur für kapitalistische Wirtschaftssysteme charakteristisch seien. Sozialistische Staaten dagegen könnten dank der zentralen Planung und der Unabhängigkeit von konjunkturellen Einflüssen Krisen vermeiden und damit auch ihre Überlegenheit über die kapitalistischen Staaten unter Beweis stellen.

Seit einigen Jahren wird diese Überzeugung über die grundsätzlich relativ hohe Stabilität sozialistischer Wirtschaftssysteme einer harten Prüfung unterzogen. Die externen Schocks - Ölkrisen der siebziger Jahre, Verschuldungsprobleme der achtziger Jahre - zwangen kapitalistische und sozialistische Länder, darunter auch die der RGW, zu internen Anpassungsmaßnahmen. Erfolge bzw. Mißerfolge solcher An-

passungsmaßnahmen können als Indiz für die Fähigkeit der jeweiligen Systeme gelten, auf externe Störungen zu reagieren. Sie können auch über den verlorenen oder gefundenen Anschluß auf den Weltmärkten entscheiden.

In diesem Beitrag wird die Anpassungsfähigkeit der Länder mit zentralgeplanten Wirtschaftssystemen auf externe Störungen der siebziger und achtziger Jahre untersucht. Die externen Schocks werden dabei als die unmittelbaren auslösenden Ursachen für die außenwirtschaftlichen Mißerfolge sozialistischer Länder angesehen.

Da die externen Schocks alle Länder getroffen haben, ohne überall ungünstige Folgen für die Wettbewerbsfähigkeit der Exporte zu haben, muß es interne, hausgemachte Gründe für die wirtschaftlichen Instabilitäten geben. Sie sind in den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen der sozialistischen Länder zu suchen und können als "mittelbare" Ursachen bezeichnet werden. Zusammen mit den unmittelbaren Ursachen bilden sie die Randbedingungen in dem zu überprüfenden Erklärungsansatz.

2. Randbedingungen

a. Allokationsmechanismen, Marktstrukturen und Organisationsformen in RGW-Ländern

α. Der Binnensektor

Die mittelbaren Ursachen für die zunehmenden Schwierigkeiten der sozialistischen Staaten Osteuropas auf dem OECD-Markt sind in den Eigenschaften der Wirtschaftsverfassung dieser Länder zu suchen. Wichtigste Faktoren sind in diesem Zusammenhang der ineffiziente Mechanismus für die Allokation der Produktionsfaktoren, fehlende Innovationsanreize, monopolistische Marktstrukturen sowie die unflexiblen, stark regulierten Organisationsformen des Außenhandels.

Eine effiziente Allokation der Produktionsfaktoren wird vor allem durch die institutionellen Rahmenbedingungen verhindert, die zu charakteristischen Eigenschaften einer funktionierenden Planwirtschaft gehören [Brus, 1964]. Teil der institutionel-

len Rahmenbedingungen ist das Preissystem (1). Der entscheidende Einfluß von Staats- und Parteiorganen auf die Preisgestaltung wird zum charakteristischen Merkmal der sozialistischen Wirtschaft (2). Dabei sind die Methoden der Preisgestaltung und letztlich auch die Preise selbst nicht das Ergebnis eines unternehmerischen Tâtonnement-Prozesses, sondern eines Verwaltungsaktes. Sie vermitteln keine Informationen über Knappheitsverhältnisse. Es ist auch anzunehmen, daß die Abweichungen des staatlich festgesetzten Systems der relativen Preise von einem System relativer Preise, das die tatsächlichen Knappheitsrelationen wiedergeben würde, um so größer ist, je länger die Wirtschaft eines Landes dem Plansystem unterworfen war (3).

Neben dem die Knappheitsrelationen nicht beachtenden Preisfindungssystem ist noch eine weitere Eigenschaft des sozialistischen Wirtschaftssystems zu nennen, nämlich die systemimmanente Unterversorgungswirtschaft [Kornai, 1980]. Die Ursache für den andauernden Zustand einer gesamtwirtschaftlichen Unterversorgung mit Gütern und Dienstleistungen ist im Finanzierungssystem von staatlichen Unternehmen zu suchen. Diese Unternehmen zeichnen sich durch sogenannte "weiche" Budgetrestriktionen (4) aus, die zu "perversem" Verhalten seitens der Unternehmen führen, in deren Wirtschaftsrechnung die Input-Preise eine sehr geringe Rolle spielen. Die Nachfrage nach Input-Gütern und -Dienstleistungen ist preisunelastischer, als sie es sonst wäre. Die zweite Gruppe der Marktakteure, die privaten Haushalte, ist dagegen streng den "harten" Budgetrestriktionen unterworfen und

-
- (1) Eine ausführliche Darstellung sozialistischer Preissysteme liefert z.B. Brabant [1987].
 - (2) Das Ausmaß der staatlichen Interventionen bei der Preisgestaltung kann man anhand der Daten erkennen, die der sowjetische Wirtschaftswissenschaftler und Wirtschaftsberater Gorbatschows, Abel Aganbegian, unlängst der westlichen Öffentlichkeit mitteilte [The Economist, 1987]. Danach werden in der Sowjetunion von Verwaltungsorganen rund 24 Millionen Preise festgesetzt, wovon eine halbe Million der direkten Entscheidung zentraler Behörden unterliegt.
 - (3) Zum Zeitpunkt der Einführung der Preiskontrollen entsprachen die staatlich verordneten Preise noch am ehesten den Knappheitsrelationen. In der nachfolgenden Zeit folgten aber die Preise - eben wegen der Preiskontrollen - den Veränderungen der Knappheitsrelationen nicht. Im Gegenteil, in allen RGW-Ländern ist eine hohe Stabilität von Preisstrukturen zu beobachten [Gorczak, 1985].
 - (4) Der Grund für die "weichen" Budgetrestriktionen ist vor allem in der Tatsache zu sehen, daß die sozialistischen Unternehmen beinahe unbegrenzten Zugang zu Finanzierungsmitteln haben. Dabei gibt es allerdings beträchtliche Branchenunterschiede: Während die Schwerindustrie praktisch keinen Budgetbegrenzungen unterliegt, hat die Konsumgüterindustrie in der Regel mit "härteren" Formen der Budgetrestriktionen zu tun.

kann mit der ersten Gruppe nicht konkurrieren. Da ihre Nachfrage preiselastisch ist, werden die Ressourcen zugunsten der ersten Gruppe der zweiten entzogen. Dies verbilligt - da die Lohnfestsetzung zentral erfolgt - den Faktor Kapital, was zu kapitalintensiven, ineffizienten Investitionen führt. Kapitalverschwendung in großem Umfang ist die Folge. Des weiteren führt dies zur Verzerrung in der Wirtschaftsstruktur, was sich in der Expansion der Investitionsgüterindustrie auf Kosten des Konsumgütersektors niederschlägt.

Auch bewirkt dieses System, daß sowohl Unterversorgung als auch Überversorgung zur gleichen Zeit und am gleichen Ort zu beobachten sind. Eine Überversorgung kommt in einer Hortung von Produktionsfaktoren zum Ausdruck; sie ist ein in Zentralverwaltungswirtschaften sehr verbreitetes Phänomen. Die Hortung von Produktionsfaktoren beschränkt sich nicht nur auf Rohstoffe und Investitionsgüter, sondern erstreckt sich auch auf den Faktor Arbeit (1). Hinzu kommt, daß sowohl die Überbeschäftigung als auch der Arbeitskräftemangel unterschiedlich verteilt sind, und zwar sowohl in regionaler Hinsicht (große Ballungsgebiete weisen große Konzentration von versteckter Arbeitslosigkeit auf) als auch branchenbezogen (unter größtem Arbeitskräftemangel haben der Konsumgütersektor, der Dienstleistungssektor und der Landwirtschaftssektor zu leiden). Der Arbeitsmarkt zeichnet sich dabei durch weitgehende Immobilität aus, was durch vorherrschende Wohnungsnot und verzerrte Lohnstruktur verursacht wird. Die bereits angesprochene bevorzugte Stellung der Schwerindustrie gegenüber der Konsumgüterindustrie, die sich auch in höherem Lohnniveau niederschlägt, und die Tatsache, daß die Stellung großer Unternehmen einen stärkeren "Aufweichungsgrad" von Budgetrestriktionen bewirkt, trägt zur Konservierung bestehender Strukturen bei und führt letztlich zur dauerhaften Verschwendung auch des Faktors Arbeit.

Verschwendung findet ebenfalls beim dritten Produktionsfaktor - dem Humankapital - statt, und zwar auf zweifache Art und Weise. Zum einen werden die Fähigkeiten qualifizierter Mitarbeiter unter den Bedingungen der Arbeitskräftehortung nicht optimal eingesetzt. Zum anderen fehlt es offensichtlich Unternehmen - angesichts der Existenzgarantie des Staates - an Anreizen, Humankapitalressourcen in der Industrieforschung einzusetzen. Dabei gehören gerade die sozialistischen Staaten zu

(1) Das Ausmaß der Arbeitskräftehortung ist für Polen geschätzt worden [Nowicki, 1986]. Im Jahre 1985 sollen über 56 vH aller im staatlichen Sektor Beschäftigten "versteckt arbeitslos" gewesen sein.

den Ländern, die sich durch die im internationalen Vergleich hohen Forschungsausgaben und Wissenschaftspotentiale auszeichnen [Ilin, 1984].

Offensichtlich gelingt jedoch die praktische Implementierung von Humankapital im Produktionsprozeß nicht (1). Wie Tabelle A1 zeigt, weisen die sozialistischen Staaten Osteuropas im Vergleich zu asiatischen Schwellenländern (und noch deutlicher zu den hochentwickelten westlichen Industrieländern) einen sehr hohen Anteil wenig praxisbezogener Forschung ("Sonstige") an den gesamten Aktivitäten der Forschung und Entwicklung (F&E) auf (gemessen an Anteilen der dort beschäftigten Wissenschaftler). Der aufgeblähte staatliche Sektor der "Sonstigen Forschung" birgt in sich zwar auch eine Anzahl "richtiger" Forschungsinstitute, er muß aber vor allem als Indiz für die Verschwendung der Humankapitalressourcen im Dickicht staatlicher Wissenschaftsbürokratie gewertet werden.

Die Fehlallokation der F&E-Mittel wird durch die unzureichende Ausgestaltung der "property rights" zusätzlich begünstigt. Staatliche Regulierungen beschränken die ökonomische Verwertung von Forschungsergebnissen und machen Unternehmensforschung weitgehend unprofitabel. Verstärkt wird dies durch das jahrelang praktizierte Prinzip des kostenlosen Technologie- und Wissenstransfers innerhalb der RGW [Iskra, 1985].

Die Märkte der RGW-Staaten sind durch weitgehend monopolistische Strukturen gekennzeichnet, wobei das Prinzip "ein Produkt - ein Unternehmen" immer noch die Wirtschaftspolitik einzelner Länder prägt. Zugleich schreiten vertikale Konzentrationsprozesse in allen Ländern voran, was in der Literatur nicht selten als Ausdruck eines sozialistischen "Konzentrations-Gesetzes" ausgelegt wird, das eine zunehmende Konzentration im Zuge der Entwicklung einer sozialistischen Gesellschaft voraussagt [Chorzow, 1985] (2).

-
- (1) Es ist schwierig, das Ausmaß der Ineffizienzen in der Implementierung des Humankapitals im Produktionsprozeß in RGW-Ländern zu quantifizieren. Eine besorgniserregend hohe "Sterblichkeitsrate" wissenschaftlicher Ideen im sozialistischen Produktionsprozeß wurde jedoch in der Vergangenheit selbst in sowjetischen Quellen festgestellt [Evstigneev, 1984, S. 4].
- (2) Konzentrationsbestrebungen waren in allen Staaten Osteuropas sichtbar, und zwar unabhängig davon, ob die einzelnen Länder verbal eine Reformpolitik vertraten oder nicht. Ungarn erlebte Konzentrationswellen kurz vor der Einführung der ersten Reformen 1968, vielleicht als Gegenmaßnahme von Reformgegnern [Kornai, 1983], und erneut in den siebziger Jahren, als es zur Gründung von zahlreichen Mammutunternehmen kam, die über eine Monopolstellung

Auch im nichtstaatlichen Sektor hat man mit verzerrten Marktstrukturen zu tun. In den Ländern, in denen eine gewisse Öffnung gegenüber dem privaten Sektor stattfand, war sie von zahlreichen staatlichen Regulierungen begleitet. Die wichtigsten von ihnen, die Marktzutrittsbegrenzungen bzw. -reglementierungen, führen zusammen mit einer monopolistischen Stellung des staatlichen Sektors zu "perversem Wettbewerb" [Galasi, Kartesi, 1985]. Folge dieses Wettbewerbs ist eine (dauerhafte) Marktsegmentierung, die zwar einerseits zur größeren Produktauswahl führt (private Unternehmen erweitern ihr Angebot an Gütern des gehobenen Bedarfs), andererseits aber den großen Staatsbetrieben kaum Anreize für Kostenreduktion und Innovationen liefert. So sind letztlich für beide Produzentengruppen die unternehmerischen Risiken begrenzt; zugleich bleibt die monopolistische Stellung der staatlichen Anbieter praktisch unangetastet (1).

β. Der Außensektor

Neben Fehlallokation der Ressourcen und monopolistischen Marktstrukturen mag die institutionelle Ausgestaltung des Außenwirtschaftssektors für eventuelle Mißerfolge auf den Exportmärkten verantwortlich sein. In allen Zentralverwaltungswirtschaften unterliegt der Bereich der Außenwirtschaft einem staatlichen Monopol. Dieses Prinzip, das noch auf Lenin zurückgeht, wird trotz einiger Lockerungen, die in den letzten fünfzehn Jahren in einigen RGW-Ländern eingeführt wurden, noch heute in

auf dem Markt und eine mächtige Lobby verfügten [Marer, 1986]. In Polen wurde in den siebziger und achtziger Jahren eine Wirtschaftspolitik verfolgt, die ebenfalls zur Bildung großer Wirtschaftseinheiten führte. Dabei stärkten angedeutete Konzentrationsprozesse nur die schon ohnehin starke Stellung der Unternehmen und hatten zur Folge, daß jeder Intra-Branchen-Wettbewerb erfolgreich vermieden wurde [Jakubowicz, 1984].

- (1) Für zusätzliche Probleme sorgte die große Anpassungsfähigkeit von Monopolen oder kartellähnlichen Unternehmenszusammenschlüssen, wenn es um Erhaltung ihrer Machtposition in der bürokratischen Umwelt geht. Sichtbar kam diese Tendenz im Polen der achtziger Jahre zum Ausdruck, als es nach der Auflösung der (Zwangs-) Unternehmensvereinigungen zu einer Gründungswelle von sogenannten (freiwilligen) Unternehmensverbänden kam [Haus et al., 1986]. Zweck dieser Neugründungen war meistens die Erhaltung einer monopolistischen Marktstellung, die Durchführung von Marktregulierungsmaßnahmen oder das Auftreten als starke Interessengruppe im Verteilungswettbewerb, was angesichts fehlender oder unzureichender Antimonopolgesetzgebung und unzureichender Öffnung nach außen eine relativ einfache Aufgabe war. Die dabei wahrgenommene "Interessenvertretung" bringt sichtbare Erfolge, wie man bei einem Vergleich der polnischen "500-Liste" mit der Subventionsstruktur un schwer entdecken kann.

Grundsätzen befolgt. Das Außenhandelsmonopol bedeutete in der Praxis, daß der Außenhandel nur von einigen spezialisierten (staatlichen) Außenhandelsunternehmen betrieben werden durfte. Erst in den siebziger Jahren erhielten in Polen und Ungarn einige andere staatliche Unternehmen das Recht, auf eigene Rechnung im Außenhandel tätig zu werden.

Einen erneuten Schub bekamen die Deregulierungsbemühungen im Außenhandel Ungarns und Polens Anfang der achtziger Jahre, als der Kreis der zur Außenhandeltätigkeit berechtigten Unternehmen stark ausgeweitet wurde, wobei in Polen auch private Unternehmen Außenhandelslizenzen erhielten. Seit 1987 hat die Sowjetunion ebenfalls ihre Außenhandelsgesetzgebung liberalisiert und 66 Großunternehmen wie auch 21 Ministerien das Recht auf eigenständige Auslandstätigkeit zuerkannt. Ihre Bedeutung darf man jedoch nicht überschätzen, da fast 80 vH des sowjetischen Außenhandels weiterhin über die "alten" Außenhandelsgesellschaften abgewickelt werden [Meier, 1987]. Die Zahl der ungarischen Unternehmen mit Außenhandelsberechtigung lag 1987 bei 220 [Ludwig, 1987], während in Polen die Zahl der Besitzer von Außenhandelslizenzen im Jahre 1987 fast 600 erreichte [GUS, 1988].

Diese sichtbar werdenden Ergebnisse von internen Liberalisierungsbestrebungen sollten allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß in diesen Ländern keine konsequente Exportorientierung eingeleitet wurde (1). Zahlreiche Betriebe haben keine Anreize, eine Auslandstätigkeit überhaupt aufzunehmen. Darüber hinaus sorgt das Anreizsystem dafür, daß nicht wenige exportierende Unternehmen auf östliche, von den Qualitätserfordernissen her einfache Märkte ausweichen und dadurch manchem Anpassungszwang entgehen.

Ein weiterer hemmender Faktor für die Entwicklung der Außenhandelsbeziehungen ist die übermächtige Wirtschaftsbürokratie. Sie spielt natürlich in den Beziehungen innerhalb der RGW-Länder eine viel größere Rolle. Da jedoch die Bürokratie oft genug in die Handelsbeziehungen mit den westlichen Partnern eingreift, kann man

(1) Das gilt übrigens auch für die Liberalisierung der Importe aus OECD-Ländern, die zum großen Teil weiterhin von zentralen Behörden kontrolliert werden. So entfielen z.B. in Polen in den achtziger Jahren lediglich 15 vH der Importe aus OECD-Ländern auf solche, die aus unternehmenseigenen Mitteln finanziert wurden [Olbrycht, Solarz, 1987].

die Betrachtung der institutionellen Schwächen des Außenhandelsbereichs nicht ausklammern (1).

Zusätzlich werden die Außenhandelsbeziehungen auf der Importseite durch zahlreiche außertarifliche Handelshemmnisse erschwert. Gründe für die Protektionsmaßnahmen in sozialistischen Ländern Osteuropas mögen jedoch von den in den Marktwirtschaften beobachteten abweichen - die Hauptursache ist nicht so sehr der Schutz einer Branche (eines Produzenten) als vielmehr der Schutz des Außenhandelsmonopols des Staates (2).

b. Ölpreisschocks und Verschuldungsprobleme

In den von großen externen Schocks freien sechziger und frühen siebziger Jahren konnten sich die sozialistischen Länder Osteuropas trotz ihrer schwerfälligen Wirtschaftsmechanismen auf den Exportmärkten noch einigermaßen behaupten. Den Auswirkungen der drastischen Erhöhungen der Erdölpreise, die 1973/74 und 1979 die Weltwirtschaft empfindlich getroffen haben, konnten sich auch die RGW-Länder nicht entziehen. Zwar sind die Wirkungen der Ölpreiserhöhungen in den RGW-Staaten nicht sofort spürbar geworden - was auf die Eigenschaften der im Intra-RGW-Handel verwendeten Preisformel für Rohöl zurückzuführen ist [Brabant, 1987,

-
- (1) Dieser Bürokratie ist auch zu verdanken, daß die Entwicklung von Außenhandelsbeziehungen mit den westlichen Staaten manchmal eine für Außenstehende nicht verständliche Dynamik entwickelt. So weist z.B. die Struktur polnischer Importe aus den OECD-Ländern in den siebziger Jahren eine große regionale Streuung auf. Die Erklärung für dieses Phänomen liegt in dem Wettbewerb der Mitarbeiter staatlicher Außenhandelsunternehmen um Auslandsreisen und Devisenspesen. Da der Kreis der Nutznießer sich dadurch ausweiten ließ, daß man z.B. Ausrüstungsgüter für eine Fabrik bei möglichst vielen Lieferanten bestellte, ist diese Einkaufsstrategie auch verfolgt worden [Müller, 1985].
 - (2) Ein Teilersatz für die regulierten Importe, die über staatliche Stellen abgewickelt werden, sind private Importe, die auf dem "grauen" Markt angeboten werden. Das Ausmaß solcher Importe ist in einigen Ländern beträchtlich; sie konzentrieren sich zudem zunehmend auf technologieintensive Erzeugnisse. So wird z.B. in Polen ein Großteil der Computer-Ausrüstung auf diese Weise importiert [Kalisz, 1988]. In Ungarn boten Privatimporteure im Jahr 1987 Computer, Medien- und Meßgeräte im Wert von fast 0,5 Mrd. US \$ an, wobei auf der Käuferliste ein ungarisches Kernkraftwerk stand [Rzeczpospolita, 1988]. Aber auch hier versuchen staatliche Interessengruppen, ihr Monopol zu wahren - so sind in Ungarn seit dem 01.01.88 beträchtliche Beschränkungen bei privaten Importen eingeführt worden.

S. 137 ff.] (1) -, doch spätestens seit Ende der siebziger Jahre wurde auch den sozialistischen Wirtschaftsplanern deutlich, daß es sich bei den Preissteigerungen für Energieträger nicht um ein lediglich konjunkturelles Problem handelte. Dies führte im Jahre 1981 de facto zu einer Änderung des Preisbildungsmechanismus. Diese Korrekturen wurden zwar nie offiziell bestätigt, doch Analysen der tatsächlichen Erdölpreise im Intra-RGW-Handel haben ergeben, daß sie dem gleitenden 3-Jahres-Durchschnittspreis entsprachen [Machowski, 1985]. Trotz dieser stärkeren Angleichung an die Preisbewegungen auf dem Weltmarkt wurde das Prinzip der verzögerten Preisanpassung bis heute beibehalten. Genau dieses Prinzip aber mußte man als eines der unmittelbaren Ursachen für die Verluste der Marktanteile von RGW-Ländern auf dem OECD-Markt in den siebziger und noch stärker in den achtziger Jahren betrachten.

Die Wirkung der Abkoppelung der Intra-Blockpreise für Energieträger von den Weltmarktpreisen auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit läßt sich wie folgt darstellen. Durch die jahrelange Beibehaltung eines niedrigen Energiepreisniveaus und die Überzeugung der politischen Führung in den RGW-Ländern, daß es sich bei den Preisbewegungen auf dem Weltmarkt nur um ein temporäres Abweichen vom "richtigen" Preis handele, trat die Anpassungsnotwendigkeit an veränderte weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen in sozialistischen Volkswirtschaften nur in einer schwachen Form oder gar nicht auf.

Währenddessen sind die übrigen Länder der Weltwirtschaft zur Anpassung auf den durch Preiserhöhungen ausgelösten Angebotsschock gezwungen worden. Unabhängig von Unterschieden im Wirksamkeitsgrad von gewählten Anpassungsmaßnahmen reagierten marktwirtschaftlich orientierte Länder mit einer zunehmenden Implementierung von energiesparenden Technologien, die an die veränderten Preise der Energieträger angepaßt waren. Diese Entwicklung fand in den RGW-Ländern nicht oder nur in unzureichendem Ausmaß statt. Es ist sogar zu vermuten, daß die sozialistischen Wirtschaftsplaner, befreit vom Anpassungszwang angesichts leicht verfügbarer Kredite, die mit zeitweise negativen Realzinsen lockten, aufs Geratewohl die (billiger gewordenen) alten Technologien importiert haben. Seit der zweiten

(1) Die sogenannte Bukarester Formel galt bis 1975 und basierte auf den durchschnittlichen Weltmarktpreisen der vorhergegangenen 5-Jahres-Periode (in den Jahren 1971-1975 galten also die Weltmarktpreise der Jahre 1965-1969). Unter dem Eindruck der steigenden Erölpreise ist die Formel 1975 einer Korrektur unterzogen worden und wird seitdem auf der Basis eines gleitenden 5-Jahres-Durchschnitts berechnet.

Hälfte der siebziger Jahre ist die durch solche Ausgestaltung des internen Preissystems mitverursachte Technologielücke deutlicher geworden, und sie begann - nicht zuletzt wegen der stagnierenden bzw. zurückgehenden Importe der technologisch fortgeschrittenen Investitionsgüter aus den OECD-Ländern - sich rapide zu vergrößern [ECE, 1987].

Diese Ausweitung der Technologielücke fiel zeitlich mit zwei Entwicklungen zusammen. Zum einen mit der Tatsache, daß die meisten Entwicklungsländer im Anpassungsprozeß (verstanden als technologische Anpassung) vorangeschritten waren [Agarwal et al., 1983]. Zum anderen damit, daß die internationalen Finanzmärkte von ersten Anzeichen wachsender Schuldenprobleme erschüttert wurden. Der Anpassungszwang Anfang der achtziger Jahre war also mit weit ungünstigeren Rahmenbedingungen verbunden, als dies in den siebziger Jahren der Fall war. Hinzu kam die politische Verkrustung in der Sowjetunion der ausgehenden Breschnew-Ära (Sowjetsklerose). Der scharfe Einbruch in der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und die Unmöglichkeit, die schon gewonnenen Marktanteile zu erhalten, waren in den achtziger Jahren nur sichtbarer Ausdruck von unbewältigten und verzögerten Anpassungsproblemen der siebziger Jahre.

Natürlich waren die Wirkungen der mit Verspätung einsetzenden Angebotsschocks in den RGW-Staaten um so stärker, weil sie durch Fehlleistungen des Allokationsmechanismus, die unflexiblen Organisationsformen und monopolistische Marktstrukturen verstärkt wurden. Nach den Ölschocks der siebziger Jahre kann man seit Anfang 1986 einen "negativen" Ölpreisschock beobachten, der vor allem die Sowjetunion traf und ihre Exporteinnahmen stark verminderte.

In den achtziger Jahren wurden zahlreiche RGW-Staaten mit zunehmenden Verschuldungsproblemen konfrontiert. Bereits Anfang der achtziger Jahre sahen sich einige RGW-Länder angesichts der Devisenengpässe gezwungen, um Umschuldung der fälligen Schuldendienstzahlungen zu ersuchen (1). Als erstes Land hat Polen im März 1981 offiziell um Umschuldung gebeten. Auch Rumänien trat Anfang der

(1) Das eigentliche Problem der Kreditaufnahme von RGW-Ländern lag in der falschen Aufteilung der Mittel, die zum großen Teil als Ersatz für Wirtschaftsreformen dienten und nur zum geringen Teil für Investitionen verwendet wurden [Inotai, 1987; Rydygier, 1985]. Hinzu kamen Zwänge des Intra-RGW-Handels. Diese bewirkten, daß kreditfinanzierte Investitionen nicht die (OECD-gerichtete) Exportorientierung stützten, sondern eher auf binnenmarkt- oder RGW-orientierte Produktionszweige konzentriert waren.

achtziger Jahre in Umschuldungsverhandlungen mit den westlichen Gläubigern ein, die 1982 und 1983 in Umschuldungsabkommen mit privaten Banken und dem Pariser Club mündeten [Fink, Mauler, 1985]. Als ein Nebeneffekt der zunehmenden Zahlungsbilanzschwierigkeiten der RGW-Staaten kann man den Beitritt Ungarns 1982 und Polens 1986 zum Internationalen Währungsfonds betrachten, die sich davon erleichterten Zugang zu westlichen Kapitalmärkten erhofften.

Das Verschuldungsproblem ist, nach einer Phase fallender Verbindlichkeiten in den Jahren 1981-1984 gegenüber westlichen Gläubigern, in den vergangenen drei Jahren erneut akut geworden. So wurde 1987 wieder eine stark ansteigende Nettoverschuldung sozialistischer Länder Osteuropas gemeldet. Sie betrug 1985 70 Mrd. US \$, erreichte Ende 1987 fast die 100-Mrd.-US-\$-Marke und weist eine steigende Tendenz auf [The Economist, 1988]. Zugleich stieg das Verhältnis der Gesamtverschuldung zu den Exporten der osteuropäischen Länder von 135 vH: 1984 auf 215 vH: 1986 an [BIZ, 1988]. Das Verhältnis der Schuldendienstzahlungen zu Exporten für RGW-Länder stieg 1987 im Vergleich zu 1984 von 31 auf 33 vH [OECD, a] (1).

3. Arbeitshypothese: Systemimmanente Instabilität und exogene Schocks

Unter Berücksichtigung dieser Randbedingungen läßt sich nun eine Arbeitshypothese formulieren. Sie besagt, daß die für sozialistische Länder typischen Lenkungsmechanismen zwar weit entfernt von dem Effizienzoptimum waren, aber in einer schockfreien Zeit noch eine gewisse Wirksamkeit hatten und Systemstabilität gewährleisteten. Bei dem Auftreten von externen Schocks werden sie jedoch überfordert, wobei in den einzelnen Ländern der Grad des Versagens, gemessen an der Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit mit zunehmender Zentralisierung immer stärker wird.

Ein Test auf Systemstabilität kann am besten, gewissermaßen unter Laborbedingungen, durchgeführt werden, wenn überkommene Strukturen gestört werden. Ein System ist dann als stabil zu bezeichnen, wenn die Störung keine nachhaltige Ver-

(1) Zwischen einzelnen Ländern sind dabei große Differenzen feststellbar. So lag die Schuldendienstquote (Schuldendienst in vH der Exporte) für Polen bei 71 vH, für Ungarn bei 47 vH, während die Tschechoslowakei mit 18 vH die niedrigste Schuldendienstbelastung aufwies.

schlechterung der Wirtschaftslage im Gefolge hat; es ist als instabil anzusehen, wenn ein System nach einer Störung seine internationale ökonomische Position verschlechtert.

Die Bewältigung oder Nichtbewältigung von externen Schocks kann man an den Außenhandelsdaten ablesen. Diese Daten sind in den Handelsstatistiken der westlichen Partnerländer enthalten. Zieht man sie heran, so können Probleme der Datenglaubwürdigkeit umgangen werden (1). Auf diese Art und Weise kann auch die Vergleichbarkeit des Datenmaterials für die untersuchten sozialistischen Länder und die als Referenzgruppe ausgewählten kapitalistischen Länder gewährleistet werden.

Als Referenzgruppe dienen fünf asiatische Schwellenländer: Hongkong, Malaysia, Singapur, Südkorea und Taiwan (2). Dieser Vergleich scheint deshalb berechtigt zu sein, weil man es heutzutage in der Weltwirtschaft offensichtlich mit einem Ablösungsprozeß zu tun hat: Die asiatischen Schwellenländer haben mehr und mehr den Platz der sozialistischen Länder in der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung erobert; letztere sind dagegen zur Zeit, was ihre Stellung in der Weltwirtschaft betrifft, im wirtschaftlichen Abstieg zur "Dritten" Welt begriffen (3).

Zur Überprüfung der Arbeitshypothese werden Indikatoren des Außenhandels herangezogen. Sollte die Hypothese zutreffen, so müßte sich das Versagen der Lenkungsmechanismen zuerst (oder besonders stark) in jenen Branchen (oder Güter-

-
- (1) Im Zuge der sowjetischen "Perestroika" wird in der letzten Zeit die Zuverlässigkeit von heimischen offiziellen Statistiken direkt oder indirekt angezweifelt. So berichtete der wirtschaftspolitische Berater Gorbatschows, Aganbegian [1987], daß die UdSSR entgegen den offiziellen Angaben in den Jahren 1979-1982 eine Phase der Stagnation erlebte. Die offiziellen Angaben über die angebliche Preisstabilität in der UdSSR werden ebenfalls immer öfter in Zweifel gezogen [z.B. Ekonomiceskaja Gazeta, 1988]. Ähnliches über die Glaubwürdigkeit amtlicher Statistiken ist auch aus einigen anderen RGW-Staaten zu hören.
- (2) Zu den Schwellenländern wurden ursprünglich diejenigen gezählt, in denen 1978 das Pro-Kopf-Einkommen zwischen 1100 und 3000 US \$ lag und der Beitrag der Industrie zum Bruttoinlandsprodukt mindestens 20 vH betrug [Balassa, 1981] (zum Industrialisierungsprozeß in diesen Ländern siehe auch Donges und Müller-Ohlsen [1978]). Die hier betrachteten asiatischen Schwellenländer - Hongkong, Malaysia, Singapur, Südkorea und Taiwan - haben inzwischen, am Einkommen gemessen, die oberen Ränge unter den Schwellenländern eingenommen. Die Pro-Kopf-Einkommen in diesen Ländern lag 1985 zwischen 2050 und 7420 US \$ [IBRD, 1987].
- (3) Zum Handelskonflikt zwischen lateinamerikanischen und asiatischen Schwellenländern einerseits und sozialistischen Ländern andererseits siehe auch Poznanski [1986].

gruppen) bemerkbar machen, die technologisch zu den modernen und innovativen gehören und die besonders sensitiv auf Störungen der Faktorallokation reagieren. Als Meßgrößen könnten zum einen die Merkmale der Exportstruktur der RGW-Länder dienen, die mit anderen, ebenfalls von externen Schocks betroffenen, aber eine marktwirtschaftliche und außenwirtschaftsorientierte Politik verfolgenden Ländern verglichen werden. Ein sichtbares Zeichen des Versagens des Lenkungsmechanismus könnte auch der Verlust der Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Branchen (Gütergruppen) sein. Dieser kann anhand der Veränderungen in Marktanteilen der untersuchten Länder gemessen werden wie auch in einer normierten Form unter Benutzung von Indikatoren der internationalen Wettbewerbsfähigkeit (RCA-Werten). Der Verlust der Wettbewerbsfähigkeit müßte dabei um so größer sein, je zentralisierter der Wirtschaftslenkungsmechanismus im jeweiligen Land ist. Es wäre also zu erwarten, daß Länder, die eine dogmatische Wirtschaftspolitik verfolgten, größere negative Veränderungen zu verzeichnen hätten als die Länder, die mit der teilweisen Einführung von Marktmechanismen den Weg der "parametrischen" Wirtschaftslenkung wählten. Die Überprüfung dieser These kann ebenfalls mit Hilfe der RCA-Werte für einzelne Länder erfolgen.

III. Der empirische Befund

1. *Klassifikation der handelbaren Güter*

In den Analysen der internationalen Wirtschaftsbeziehungen hat es sich als sinnvoll erwiesen, eine gütermäßige Differenzierung des Außenhandels vorzunehmen. Dies wird auch im folgenden getan, wobei eine Anlehnung an die von Hirsch [1974] vorgeschlagene Einteilung nach den güterspezifischen Produktionsfaktoren besonders geeignet erscheint. Mit ihrer Hilfe lassen sich die im Zuge des Industrialisierungsprozesses sich ändernden komparativen Vorteile eines Landes wiedergeben. Im einzelnen können danach folgende Gütergruppen unterschieden werden:

- Rohstoffintensive Güter (Ricardo-Güter): Zu ihnen werden Rohstoffe, landwirtschaftliche Erzeugnisse, aber auch Industrieerzeugnisse, die einen hohen Gehalt an landesspezifischen Rohstoffen besitzen, gerechnet. Als Anbieter dieser Gütergruppen treten typischerweise Entwicklungsländer auf.

- Arbeitsintensive Güter (arbeitsintensive Heckscher-Ohlin-Güter): Sie werden vor allem von Ländern angeboten, die mit dem Faktor Arbeit reich ausgestattet sind.
- Kapitalintensive Güter (kapitalintensive Heckscher-Ohlin-Güter): Bei ihrer Herstellung haben jene Länder komparative Vorteile, in denen Sachkapital reichlich vorhanden ist.
- Forschungsintensive Güter (Schumpeter-Güter): Bei ihrer Herstellung werden nicht nur die Faktoren Arbeit und Kapital, sondern auch Humankapital benötigt. Es ist anzunehmen, daß die Ausstattung mit dem Faktor Humankapital in den hochentwickelten Ländern in Relation zu den anderen Produktionsfaktoren reichlicher ist als in Ländern mit niedrigerem Entwicklungsniveau.

Die letztgenannte Gütergruppe kann man weiter unterteilen, um die Spezialisierungsmuster genauer zu erklären. Denn den sinkenden Kosten der Übertragung von Technologien [Vernon, 1979] kommt eine zunehmende Bedeutung zu. Darüber hinaus sind auch Veränderungen in der relativen Mobilität der Faktoren wichtig. Denn mit zunehmender Mobilität des Faktors Technologie geht seine Bedeutung für die Spezialisierung bei der Herstellung forschungsintensiver Güter zurück [Klodt, 1987].

In jenen Branchen, in denen Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten eng mit dem Produktionsprozeß verbunden sind, weil eine Trennung von Produktions- und Forschungsaktivitäten zu erheblichen zusätzlichen Kosten führen würde, sind die Imitationsmöglichkeiten eingeschränkt. In diesen Branchen sind deshalb F&E-Kapazitäten, die sich nur mit beträchtlichem Zeitaufwand aufbauen lassen, von Bedeutung. Die Produkte dieser Branchen werden im folgenden als "schwer imitierbare forschungsintensive Güter" (SIF-Güter) bezeichnet.

Güterarten dagegen, für deren Herstellung die Ausstattung mit Humankapital wichtig, der Transfer und Einsatz von Wissen aber relativ einfach ist, werden als "leicht imitierbare forschungsintensive Güter" (LIF-Güter) klassifiziert.

Die vorgenommene Gütereinteilung ermöglicht es, die Arbeitshypothese bezüglich der Exportstruktur und des Exportumfangs der jeweiligen Ländergruppe detaillierter zu formulieren. So wäre zu erwarten, daß sich die Ausfuhren hochindustrialisierter Länder auf Exporte von "reinem" Wissen (in Form von Lizenzen, For-

schungsergebnissen etc.) und von schwer imitierbaren forschungsintensiven Gütern konzentrieren.

Die RGW-Staaten und die Schwellenländer müßten hingegen aufgrund ihrer Faktorausstattung komparative Vorteile beim Export von arbeits- und kapitalintensiven Gütern sowie der LIF-Gütern besitzen, wobei die Änderungsrate bei den LIF-Güter am stärksten ausgeprägt sein dürfte. Es ist anzunehmen, daß sie ihre Stellung auf dem Markt für SIF-Güter nur geringfügig verbessern können. Denn die komparativen Vorteile liegen hier noch bei den hochentwickelten Industrieländern [Weiss, 1983].

Die auftretenden Veränderungen müßten sowohl in der Struktur der Exporte als auch in der Wettbewerbsfähigkeit in einzelnen Gütergruppen sichtbar werden. Der empirische Test dieser Hypothesen wird anhand zweier Stichjahre, 1965 und 1986, durchgeführt (1).

2. RGW-Länder insgesamt

a. Veränderungen in der Exportstruktur

Ein Blick auf die Exportstruktur der OECD-Staaten zeigt wichtige Veränderungen der Güterexporte in die Länder Osteuropas und die asiatischen Schwellenländer (Tabelle 2). Zunächst fällt auf, daß die Bedeutung von forschungsintensiven Gütern im Exportangebot westlicher Industrieländer innerhalb dieser zwanzig Jahre stark gestiegen ist. Machten die Exporte der forschungsintensiven Güter in RGW(6)-Staaten und in asiatische Schwellenländer 1965 noch knappe 40 vH aus, so erhöhte sich ihr Anteil an Gesamtexporten 1986 auf 55,6 bzw. 61,3 vH. Ein von diesem Muster abweichendes Bild bietet jedoch die Sowjetunion. Die UdSSR ist das

(1) Die Einteilung der einzelnen Güter gemäß der fünf Güterarten auf dem Aggregationsniveau zweistelliger SITC-Güterklassen ist aus Übersicht A1 ersichtlich. Die Kategorie von rohstoffintensiven Gütern besteht vor allem aus den Erzeugnissen der Landwirtschaft und des Bergbaus. Die Industrieerzeugnisse werden dagegen fast ausschließlich den arbeitsintensiven Gütern, den kapitalintensiven Gütern, den LIF-Gütern und den SIF-Gütern zugerechnet. Die beiden letztgenannten Gütergruppen setzen sich zum großen Teil aus den Erzeugnissen der SITC-Gruppe 5 (chemische Erzeugnisse) und der SITC-Gruppe 7 (Maschinenbauerzeugnisse, elektronische Erzeugnisse und Fahrzeuge) zusammen.

Tabelle 2 - Exporte der OECD-Länder nach Güterarten (a) in RGW-Staaten (b) und asiatische Schwellenländer (c) 1965 und 1986 (vH)

	Rohstoff- intensive Güter	Arbeits- intensive Güter	Kapital- intensive Güter	Leicht imitierbare forschungs- intensive Güter	Schwer imitierbare forschungs- intensive Güter
RGW(7)					
1965	11,6	20,9	20,4	12,2	34,9
1986	8,5	19,5	21,0	15,2	35,8
UdSSR					
1965	9,3	22,0	15,4	11,0	42,3
1986	7,5	18,9	26,1	11,9	35,6
RGW(6)					
1965	13,0	20,2	23,6	12,9	30,3
1986	9,7	20,1	14,6	19,5	36,1
Asiatische Schwellen- länder					
1965	8,7	30,3	20,1	13,5	27,4
1986	9,1	15,9	13,7	20,3	41,0

(a) Zur Einteilung einzelner Erzeugnisse in die jeweilige Gütergruppe und deren Definition siehe Übersicht A1. - (b) Ohne innerdeutschen Handel. - (c) Hongkong, Malaysia, Singapur, Südkorea, Taiwan.

Quelle: OECD [b]; eigene Berechnungen.

einziges Land, das eine abnehmende Bedeutung bei Importen von forschungsintensiven Gütern aus dem OECD-Raum im Verlauf der letzten zwanzig Jahre zu verzeichnen hatte. Diese Zahlen bestätigen die Hypothesen bezüglich der Entwicklung der Exportstruktur hochentwickelter Industrieländer, nach denen die komparativen Vorteile dieser Länder bei forschungsintensiven Gütern liegen.

Ein von Grund auf anderes Bild bietet die Entwicklung der Exportstruktur der osteuropäischen und asiatischen Schwellenländer in die westlichen Industrieländer (Tabelle 3). Ein Vergleich der Veränderung der Struktur der Exporte aus Osteuropa und Ostasien läßt auf beträchtliche Veränderungen in der Exportfähigkeit beider Ländergruppen schließen.

Zu den strukturellen Merkmalen der RGW-Exporte gehört ohne Zweifel die andauernde Rohstofflastigkeit. Der Anteil der rohstoffintensiven Güter an den Gesamtex-

Tabelle 3 - Importe der OECD-Länder nach Güterarten (a) aus RGW-Staaten (b) und asiatischen Schwellenländern (c) 1965 und 1986 (vH)

	Rohstoff- intensive Güter	Arbeits- intensive Güter	Kapital- intensive Güter	Leicht imitierbare forschungs- intensive Güter	Schwer imitierbare forschungs- intensive Güter
RGW(7)					
1965	55,1	16,6	18,3	4,7	5,3
1986	57,8	17,2	11,9	7,0	6,2
UdSSR					
1965	67,7	9,1	19,4	1,5	2,3
1986	78,1	6,0	8,2	5,1	2,6
RGW(6)					
1965	40,7	25,3	16,9	8,4	8,7
1986	33,6	30,4	16,4	9,2	10,4
Asiatische Schwellen- länder					
1965	38,8	43,3	13,6	2,1	2,3
1986	8,8	50,4	5,8	17,5	17,5

(a) Zur Einteilung einzelner Erzeugnisse in die jeweilige Gütergruppe und deren Definition siehe Übersicht A1. - (b) Ohne innerdeutschen Handel. - (c) Hongkong, Malaysia, Singapur, Südkorea, Taiwan.

Quelle: OECD [b]; eigene Berechnungen.

porten betrug 1965: 55,1 vH und erhöhte sich bis 1986 auf 57,8 vH. Diese sehr starke Abhängigkeit von den Rohstoffexporten - eigentlich für arme Entwicklungsländer charakteristisch - geht zum großen Teil auf Exporte der rohstoffreichen Sowjetunion zurück, die über zwei Drittel ihrer Devisenerlöse aus den Exporten dieser Gütergruppe erzielt. Der Export der kleineren RGW-Staaten weist ebenfalls einen überdurchschnittlichen Anteil an rohstoffintensiven Gütern auf, der sich zwar während der Jahre 1965-1986 verminderte, der aber immer noch mit 33,6 vH den wichtigsten Posten der Exportpalette der RGW(6)-Länder bildet.

Ganz anders verlief die Entwicklung in den asiatischen Schwellenländern. Für sie spielten die rohstoffintensiven Güter im Jahre 1965 noch eine sehr wichtige Rolle, denn sie brachten diesen Ländern 38,8 vH ihrer Exporterlöse ein. Bis 1986 sank dieser Anteil auf etwa ein Fünftel und erreichte damit ein Niveau, das eigentlich für hochentwickelte Industrieländer typisch ist.

Ähnlich drastische Verschiebungen in der Exportstruktur der asiatischen Länder lassen sich bei den forschungsintensiven Gütern beobachten. In beiden Gruppen fand eine rasante Entwicklung statt, in deren Verlauf der Anteil der SIF- und LIF-Exporte auf jeweils 17,5 vH anstieg. Damit bestreiten die fünf asiatischen Schwellenländer über ein Drittel ihrer Exporterlöse mit dem Verkauf von technologie- und forschungsintensiven Erzeugnissen.

Die RGW(6)-Staaten können ähnliches nicht verzeichnen. Obwohl sie 1965 einen weitaus größeren Anteil von LIF- und SIF-Gütern exportiert haben, als das bei den ostasiatischen Schwellenländern der Fall war, konnten sie sich im Verlauf der letzten zwanzig Jahre nur geringfügig verbessern. Insgesamt hat sich die Exportstruktur der RGW(6)-Länder im Zeitraum 1965-1986 kaum verändert, abgesehen von geringfügigen Verschiebungen von rohstoff- zu arbeitsintensiven Gütern.

Auffällig sind auch die Veränderungen in der Bedeutung von Exporten der kapitalintensiven Güter. Während ihr Anteil an den RGW(6)-Exporten fast unverändert blieb, und sie damit die drittichtigste Gruppe von Exporterzeugnissen dieser Länder bildeten, kam es sowohl bei den UdSSR-Exporten als auch bei den Exporten asiatischer Schwellenländer zu bemerkenswerten Änderungen. Der Anteil der kapitalintensiven Güter an den sowjetischen Exporten sank von 19,4 vH im Jahre 1965 auf 8,2 vH im Jahre 1986. Eine ähnliche Entwicklung war bei den ostasiatischen Ländern zu beobachten.

In Anlehnung an das Rybczynski-Theorem [Rybczynski, 1955] könnte man die beobachteten Strukturveränderungen mit den unterschiedlichen Zuwachsraten des Bestandes an einzelnen Produktionsfaktoren erklären (1). Überträgt man diese Aussage auf die Situation in den Schwellenländern, so wird man feststellen, daß ein schnell wachsender Faktor Humankapital in Verbindung mit dem komplementären und langsamer wachsenden Faktor Kapital gebracht wird. Dies ermöglicht schnelle Expansion der "Schumpeter-Industrien", während die kapitalintensiven Industrien an Bedeutung verlieren.

Der darauf beruhende Wandel bewirkte, daß sich die Exporte der asiatischen Schwellenländer in die OECD-Länder immer auf die arbeitsintensiven und die for-

(1) Das Rybczynski-Theorem besagt: Wächst der Bestand nur eines Produktionsfaktors (hier: Humankapital), so führt das zum sinkenden Output in dem Sektor, der den nicht wachsenden Faktor intensiv benutzt.

schungsintensiven Güter konzentrieren, während die rohstoff- und die kapitalintensiven Güter an Bedeutung verlieren. Die sinkende Bedeutung der kapitalintensiven Güter bei den Exporten der Sowjetunion wäre dagegen mit steigender Bedeutung der Rohstoffindustrie zu erklären, was ebenfalls eine Umlenkung des komplementären Faktors Kapital zur Folge hatte.

Die Analyse der Exportstruktur der sozialistischen Länder Osteuropas und der asiatischen Schwellenländer erlaubt einen ersten Vergleich mit den ursprünglichen Erwartungen: Im Ausgangsjahr 1965 hatten sowohl die RGW(6)-Länder (die UdSSR wird hier wegen ihrer besonderen Rolle als Rohstofflieferant ausgeklammert) als auch die asiatischen Schwellenländer eine ähnliche Exportstruktur, wobei die sozialistischen Länder mit einer größeren Bedeutung der forschungsintensiven Güter als höher entwickelt gelten mußten. Während man die sozialistischen RGW(6)-Länder im Jahr 1986 weiterhin eher als Lieferanten von rohstoff- und arbeitsintensiven Produkten einordnen kann, haben die asiatischen Schwellenländer einen Platz als Anbieter von technisch anspruchsvolleren Gütern erobert.

b. Veränderungen in der Wettbewerbsfähigkeit

Die Länder Osteuropas mußten in fast allen Gütergruppen starke Einbußen ihrer Marktanteile hinnehmen (Tabelle 4). Die Beurteilung der Marktstellung wird noch aufschlußreicher, wenn man die UdSSR und Länder der RGW(6)-Gemeinschaft getrennt betrachtet. Bei der Sowjetunion schlägt sich die schon bei der Analyse der Exportstruktur dieses Landes sichtbare Rohstofflastigkeit nieder. Sowjetische Lieferungen von rohstoffintensiven Gütern haben sich in den Jahren 1965-1986 stark erhöht und erreichten 1986, also im Jahr des Verfalls der Rohölpreise, einen Marktanteil von 5 vH.

Die Lage in den kleineren RGW-Ländern unterschied sich 1986 geringfügig von der Lage in der UdSSR. So konnten die RGW(6)-Länder ihre Marktanteile im Bereich der rohstoffintensiven und der arbeitsintensiven Güter auf einem relativ niedrigem Niveau halten; in den übrigen Gütergruppen ging ihr Anteil auf den OECD-Märkten stark zurück. Besonders ausgeprägt waren die Verluste bei den LIF-Gütern: Die Marktanteile der RGW(6)-Staaten halbierten sich fast.

Tabelle 4 - Anteile der RGW-Staaten (a) und asiatischer Schwellenländer (b) an OECD-Importen einzelner Güterarten (c) 1965 und 1986 (vH)

	Rohstoff-intensive Güter	Arbeits-intensive Güter	Kapital-intensive Güter	Leicht imitierbare forschungs-intensive Güter	Schwer imitierbare forschungs-intensive Güter
RGW(7)					
1965	5,5	2,1	2,6	1,6	0,9
1986	6,9	1,8	1,3	1,1	0,7
UdSSR					
1965	3,6	0,6	1,5	0,3	0,2
1986	5,0	0,3	0,5	0,4	0,2
RGW(6)					
1965	1,9	1,5	1,1	1,3	0,7
1986	1,9	1,5	0,8	0,7	0,5
Asiatische Schwellenländer					
1965	2,3	3,3	1,2	0,5	0,2
1986	2,8	14,5	1,8	7,5	5,7
(a) Ohne innerdeutschen Handel. - (b) Hongkong, Malaysia, Singapur, Südkorea, Taiwan. - (c) Zur Einteilung einzelner Produkte in die jeweiligen Gütergruppen und zu ihrer Definition siehe Übersicht A1.					

Quelle: OECD [b]; eigene Berechnungen.

Ein Kontrastbild dazu bietet wiederum die Entwicklung von Marktanteilen der asiatischen Schwellenländer. Hongkong, Malaysia, Singapur, Südkorea und Taiwan konnten ihre Stellung auf dem OECD-Markt mit großem Erfolg ausweiten. Von der Expansion waren alle Gütergruppen betroffen, obwohl offensichtlich mit unterschiedlichem Ausmaß. Den größten Marktanteil konnten die ostasiatischen Länder bei den arbeitsintensiven Gütern erobern. Ihre Stellung als Exporteure von LIF- und SIF-Gütern ist ebenfalls beträchtlich, und ihren Erfolgen muß man noch zusätzliche Bedeutung beimessen, wenn man sie mit Mißerfolgen der Länder der traditionellen "Zweiten" Welt vergleicht.

Noch deutlicher wird die Richtung und Geschwindigkeit sichtbar, mit der sich der Wandel in der Marktstellung der ostasiatischen Länder vollzog (und wohl auch der Wandel in der Produktionsstruktur dieser Länder), wenn man die jährlichen Veränderungsraten der Marktanteile in einzelnen Gütergruppen miteinander vergleicht.

So konnten die asiatischen Schwellenländer ihre Marktstellung als Exporteure von rohstoffintensiven Gütern in den Jahren 1965-1986 um durchschnittlich 0,9 vH im Jahr verbessern, die entsprechenden jährlichen Veränderungsraten bei den kapitalintensiven Gütern betragen 2,0 vH, bei den arbeitsintensiven Gütern 7,3 vH. Bei den Exporten von forschungintensiven Gütern werden die jährlichen Zuwachsraten zweistellig: So wuchsen die Marktanteile im Bereich der leicht imitierbaren forschungintensiven Güter 1965-1986 mit einer Zuwachsrate von 13,8 vH, das Marktanteilwachstum bei den schwer imitierbaren forschungintensiven Gütern erreichte sogar 17,3 vH im Jahr.

Bereits die vorliegenden Daten, die Veränderungen in den Marktanteilen widerspiegeln, erlauben erste Folgerungen über die Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit einzelner Länder. Zusätzlich kann man eine direkte Schätzung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit vornehmen, d.h. die relative Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Gütergruppen an den normierten Export-Importquoten messen (Tabelle 5) (1).

- (1) Das Meßkonzept des "revealed comparative advantage" (RCA) ist ursprünglich von Balassa [1965] und Liesner [1958] formuliert und eingeführt worden. Es geht davon aus, daß sich Wettbewerbsvorteile bzw. -nachteile in den tatsächlichen Handelsströmen niederschlagen. Die komparative Wettbewerbsfähigkeit eines Landes in der Spezialisierung auf eine der Güterarten ergibt sich, wenn man dem Export/Importverhältnis einer Gütergruppe die entsprechenden Werte für den gesamten Außenhandel gegenüberstellt. Die RCA-Meßziffer zeigt, ob und wie wettbewerbsfähig ein Land bei der Herstellung bestimmter Gütergruppen ist. Die komparative Wettbewerbsfähigkeit sozialistischer Länder Osteuropas und asiatischer Schwellenländer im Handel mit OECD-Mitgliedsstaaten wurde nach folgender Formel gemessen:

$$RCA_t = \ln \left(\frac{x_{ijt}}{m_{ijt}} : \frac{X_{jt}}{M_{jt}} \right)$$

wobei

x_{ij} = Exporte der Gütergruppe i des Landes j

m_{ij} = Importe der Gütergruppe i des Landes j

X_j = Gesamtexporte des Landes j

M_j = Gesamtimporte des Landes j

t = Periodenindex

i = rohstoffintensive Güter; kapitalintensive Güter;
arbeitsintensive Güter; LIF-Güter; SIF-Güter

Negative Vorzeichen der RCA-Werte deuten auf eine unterdurchschnittliche, positive dagegen auf eine überdurchschnittliche internationale Wettbewerbsfähigkeit hin. Bei der Interpretation der Ergebnisse ist zu beachten, daß darin keine Aussage über Optimalität des Handels enthalten ist.

Tabelle 5 - Internationale Wettbewerbsfähigkeit (a) der RGW-Staaten (b) und asiatischer Schwellenländer (c) im Handel mit OECD-Staaten 1965 und 1986

	Güterarten (d)				
	Rohstoff-intensive Güter	Arbeits-intensive Güter	Kapital-intensive Güter	Leicht imitierbare forschungs-intensive Güter	Schwer imitierbare forschungs-intensive Güter
RGW(7)					
1965	1,57	-0,22	-0,10	-0,94	-1,89
1986	1,99	-0,07	-0,51	-0,72	-1,70
UdSSR					
1965	2,19	-0,68	0,44	-1,79	-2,71
1986	2,49	-1,00	-1,02	-0,72	-2,47
RGW(6)					
1965	0,97	0,06	-0,51	-0,61	-1,43
1986	1,21	0,38	0,08	-0,78	-1,27
Asiatische Schwellenländer					
1965	1,48	0,33	-0,42	-1,87	-2,52
1986	-0,04	1,15	-0,86	-0,16	-0,86

(a) RCA-Werte; zur Erläuterung vgl. S. 26, Fußnote (1). - (b) Ohne innerdeutschen Handel. - (c) Hongkong, Malaysia, Singapur, Südkorea, Taiwan. - (d) Zur Einteilung in die einzelnen Gütergruppen siehe Übersicht A1.

Quelle: OECD [b]; eigene Berechnungen.

Als erstes soll die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Sowjetunion beurteilt werden. Aufgrund ihrer reichhaltigen Ausstattung mit natürlichen Ressourcen entspricht die Sowjetunion nicht dem für die relativ rohstoffarmen Länder typischen Muster. In der Tat war die Wettbewerbsfähigkeit der UdSSR im Bereich der rohstoffintensiven Güter in allen Jahren sehr hoch. Bei allen anderen Warengruppen war die UdSSR nicht wettbewerbsfähig.

Auch die RGW(6)-Länder haben ihre Wettbewerbsfähigkeit im Bereich der rohstoffintensiven Güter ausgebaut. Eine überdurchschnittliche Wettbewerbsfähigkeit erreichten die osteuropäischen Partner der Sowjetunion auch bei den Exporten arbeitsintensiver Güter. Negativ dagegen ist die Veränderungsbilanz bei den LIF- und SIF-Gütern ausgefallen. Weder in der ersten noch in der zweiten Gruppe ist den RGW(6)-Staaten im Zeitraum 1965-1986 ein Durchbruch gelungen.

Sowohl die Sowjetunion als auch die RGW(6)-Staaten haben gemeinsam, daß sie bei forschungsintensiven Gütern keine durchgreifende Verbesserung ihrer Wettbewerbsfähigkeit erreichen konnten. Unterschiedlich ist dagegen die Richtung der Verschiebungen in der Struktur der Wettbewerbsvorteile. Während die Sowjetunion Verluste in ihrer Wettbewerbsposition bei kapital- und arbeitsintensiven Gütern durch eine leichte Besserung der Position bei LIF-Gütern nur unzureichend kompensieren konnte, hat sich die Wettbewerbsfähigkeit der RGW(6)-Staaten bei diesen Gütern zweifellos verbessert. Diese Veränderung entsprach im großen und ganzen dem erwarteten Muster. Die Bereiche jedoch, bei denen man aufgrund des ursprünglichen Humankapitalpotentials der osteuropäischen Länder wesentliche Veränderungen erwartet hätte, konnten ihre Wettbewerbsposition nicht entsprechend ausbauen.

—Fast spiegelbildlich verlief die Entwicklung der Wettbewerbsvorteile und -nachteile bei den Ländern der hier untersuchten asiatischen Gruppe. In allen Güterkategorien fanden große Verschiebungen statt. Die Veränderungen waren in den meisten Fällen erheblich (gemessen an den Unterschieden in RCA-Werten). 1986 konnten die asiatischen Schwellenländer in drei Bereichen eine gegenüber 1965 gestiegene Wettbewerbsfähigkeit vorweisen, nämlich bei arbeitsintensiven Gütern, bei leicht imitierbaren forschungsintensiven Gütern sowie bei schwer imitierbaren forschungsintensiven Gütern. Neben dieser Expansion ging die Wettbewerbsfähigkeit bei rohstoffintensiven sowie arbeitsintensiven Gütern drastisch zurück.

Der empirische Befund bestätigt somit die Erwartungen sowohl bezüglich der Exportstruktur der RGW- und Schwellenländer als auch bezüglich der Veränderungen in der Wettbewerbsposition dieser Länder. Die Tests zeigen, daß sozialistische Länder ihre Position nur in einigen Bereichen verbessern konnten, während die asiatischen Schwellenländer deutlich größere Fortschritte verzeichneten. Es ist auch sichtbar geworden, daß der Wandel der Exportstruktur und der Wettbewerbsposition mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten vor sich ging:

— Länder mit einem zentralisierten, planwirtschaftlichen System haben diesen Wandel nur sehr langsam bewältigt. Bei der UdSSR ist sogar eine Rückentwicklung zugunsten der rohstoffintensiven Güter zu beobachten. Ihre Wirtschaftslenkungsmechanismen, die in der Zeitspanne 1965-1986 weitgehend unverändert blieben, konnten den neuen Anforderungen in der Folge der externen Schocks der siebziger und achtziger Jahre keine Antwort bieten.

- Entwicklungsländer mit einem offenen, marktwirtschaftlich organisierten Wirtschaftssystem haben auf die Störungen der vergangenen Jahre flexibel reagiert und konnten sich auf den Exportmärkten nicht nur behaupten, sondern auch expandieren. Ihre Exportstruktur und die Struktur der Wettbewerbsfähigkeit nähern sich, nicht zuletzt dank der Expansion der Herstellung und des Exports forschungsintensiver Güter, immer stärker an die der Industrieländer an.

3. Der Fall der DDR, Polens und Ungarns

Angesichts der unterschiedlichen Entwicklung des Außenhandels der RGW-Staaten und der asiatischen Schwellenländer stellt sich die Frage, ob dies auch für einzelne RGW-Länder gilt. Es gilt die Eingangsthese zu überprüfen, der zufolge der Verlust an internationaler Wettbewerbsfähigkeit um so größer ist, je zentralisierter der Wirtschaftslenkungsmechanismus eines Landes ist. Auch ist zu fragen, ob und gegebenenfalls in welcher Weise die Reformbemühungen einzelner sozialistischer Länder einen Einfluß auf die jeweilige Export- und Wettbewerbsfähigkeit gehabt haben.

Exemplarisch für unterschiedliche wirtschaftspolitische Konzepte in RGW-Ländern sind die DDR, Polen und Ungarn:

- Die DDR steht für eine orthodoxe und konservative wirtschaftspolitische Ausrichtung, mit der die DDR-Führung versucht, durch die Vervollkommnung des Planungsmechanismus die wirtschaftliche Entwicklung des Landes voranzutreiben [Leciejewski, 1988].
- Ungarn ist die Zentralverwaltungswirtschaft mit den größten Erfahrungen bei der Realisierung wirtschaftlicher Reformen. Der bereits 1966 beschlossene und 1968 eingeführte "Neue Ökonomische Mechanismus" brachte eine Abkehr von zentralen Planaufträgen und die Hinwendung zu indirekten Steuerungsmethoden [Nyers, 1983]. In den späten siebziger Jahren und Anfang der achtziger Jahre ist dieser Mechanismus durch neue Elemente ergänzt worden. Marktnahe Anreize sollten den als notwendig angesehenen Strukturwandel beschleunigen [Balassa, 1983; Csikós-Nagy, 1986]. Von der ungarischen Regierung ist dabei der Versuch unternommen worden, das Land weitgehend in die Weltwirtschaft zu integrieren.

- Polen nimmt zwischen diesen beiden Ländern eine mittlere Stellung ein. Einerseits ist es, was die theoretischen Vorbereitungen von Reformen angeht, weit fortgeschritten (1). In einigen Bereichen wie dem Devisenmarkt [Kostrzewa, 1987] und den ausländischen Direktinvestitionen [Lebkowski, Monkiewicz, 1986] wurden praktische Liberalisierungsschritte deutlich sichtbar. Doch trotz dieser Schritte haben die wirtschaftlichen Reformen im Lande nach übereinstimmender Meinung ihre angestrebten Ziele bis jetzt nicht erreicht (2). Die Öffnung des Landes gegenüber dem Ausland und die Öffnung der Wirtschaft gegenüber dem nichtstaatlichen Sektor verlief voller Widersprüche.

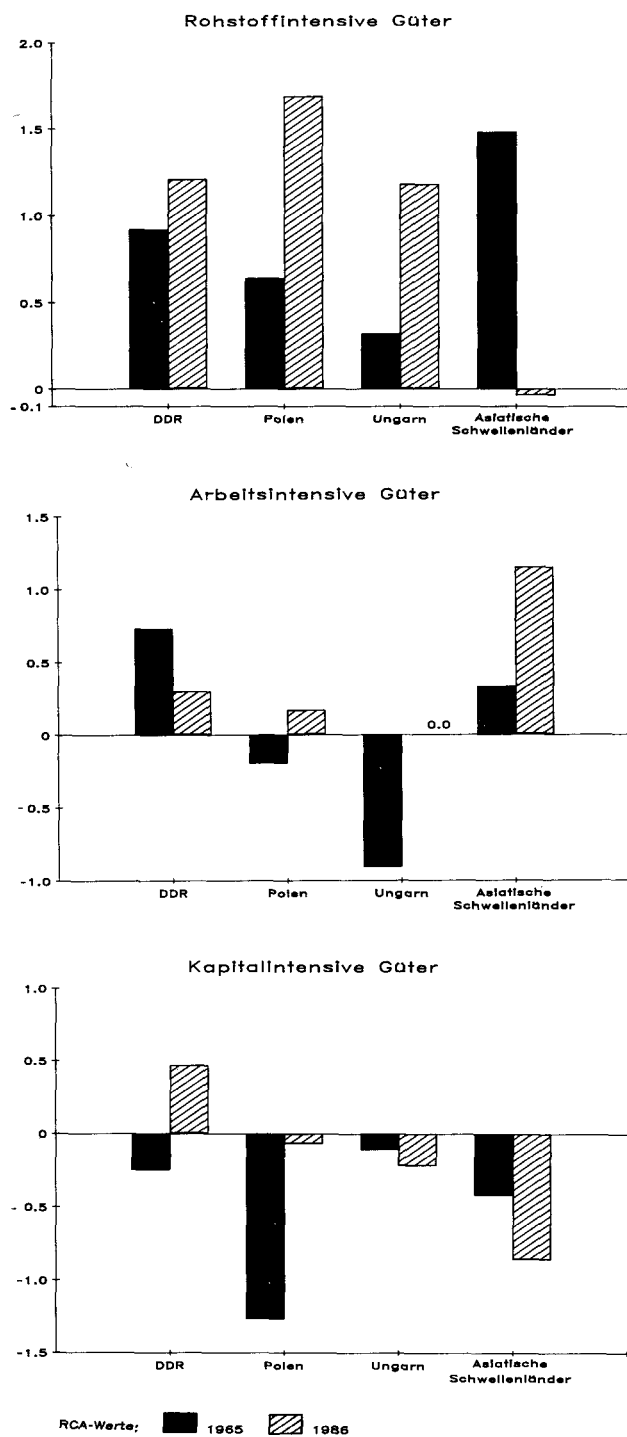
Von diesen drei Ländern hatte die DDR im Untersuchungszeitraum durchweg das deutlich höchste Pro-Kopf-Einkommen; diesbezügliche Unterschiede waren zwischen Polen und Ungarn unerheblich (3). Alle drei Länder lagen zu Beginn der Beobachtungsperiode in ihren Pro-Kopf-Einkommen erheblich über denjenigen der asiatischen Referenzländer. Daraus müßte eigentlich folgen, daß vor allem die DDR besondere Vorteile im Bereich des Handels mit forschungsintensiven Gütern (LIF- und SIF-Güter) hatte oder im Zeitablauf entwickelt hat. Um die wirtschaftliche Entwicklung dieser drei Länder abschätzen zu können, werden sie im folgenden mit der Gruppe der asiatischen Schwellenländer verglichen. Die RCA-Werte dieser Länder für die einzelnen Gütergruppen aus den Jahren 1965 und 1986 sind in den Schaubildern 1 und 2 dargestellt.

Es wird deutlich, daß jedes der untersuchten Länder eine andere Entwicklung zu verzeichnen hatte:

- Am ehesten mit den asiatischen Schwellenländern vergleichbar ist die Entwicklung der RCA-Werte Ungarns. In vier der fünf Gütergruppen verliefen die Veränderungen der Wettbewerbsfähigkeit Ungarns in die gleiche Richtung wie die der asiatischen Schwellenländer. Die einzige Gütergruppe, deren Veränderung der Wettbewerbsposition nicht mit dem Referenztrend übereinstimmt, sind die rohstoffintensiven Güter. In diesem Bereich hatte Ungarn seine Wettbewerbsfähigkeit deutlich verbessern können, während im gleichen Zeitraum asiatische Schwellenländer hier Verluste hinnehmen mußten.

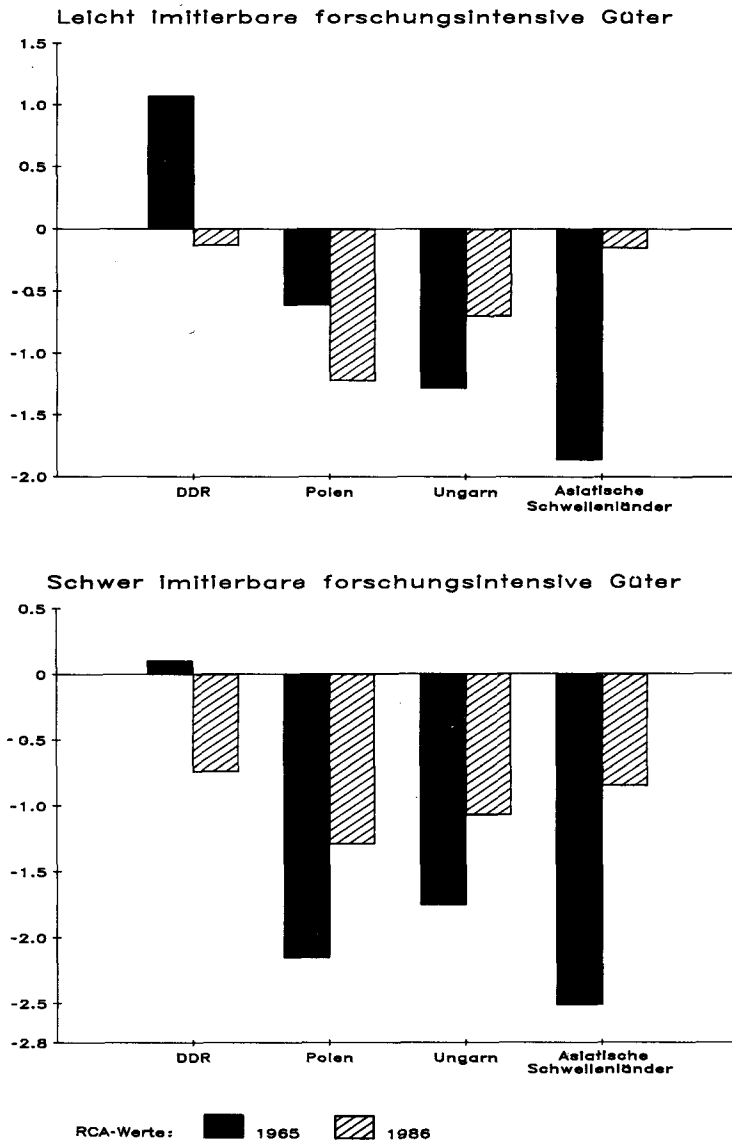
(1) Dies geht noch auf die berühmte "Modelldiskussion" der Jahre 1956-1958 zurück und ist mit Namen wie Oskar Lange oder Michal Kalecki verbunden.
 (2) Zum Stand wirtschaftlicher Reformen siehe z.B. Pysz, Quaisser [1988]; Konsultacyjna Rada Gospodarcza [1988].
 (3) Einen ausführlichen Überblick über die Schätzmethode und -ergebnisse von Nationaleinkommen der osteuropäischen Länder liefert Marer [1985].

Schaubild 1 - RCA-Werte für rohstoff-, arbeits- und kapitalintensive Güter 1965 und 1986



Quelle: OECD [b]; eigene Berechnungen.

Schaubild 2 - RCA-Werte für leicht und schwer imitierbare forschungsintensive Güter 1965 und 1986



Quelle: OECD [b]; eigene Berechnungen.

- Ein gänzlich anderes Bild bietet sich in bezug auf die Deutsche Demokratische Republik. Hier fehlt jegliche Übereinstimmung. In keiner der fünf Gütergruppen sind die Veränderungen ähnlich wie in den asiatischen Schwellenländern verlaufen. Besaß die DDR im Gegensatz zu den asiatischen Ländern noch im Jahre 1965 komparative Vorteile in den beiden Untergruppen der forschungsintensiven Güter - bei den LIF-Gütern sogar sehr ausgeprägt -, so bot sich zwanzig Jahre später

ein gänzlich anderes Bild: Während die DDR einen Rückgang ihrer Wettbewerbsfähigkeit im Hochtechnologiebereich hinnehmen mußte, konnten die asiatischen Schwellenländer gerade hier stark aufholen. Eine der beiden Güterkategorien, in denen die DDR ihre Wettbewerbsposition festigen konnte, besteht - wie in Ungarn - aus rohstoffintensiven Gütern.

- Polen nimmt unter diesen Ländern erneut eine mittlere Stellung ein.

Die Ergebnisse zeigen, daß es gravierende Unterschiede zwischen den Untersuchungsländern gibt. Deutlich wird auch, daß die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Landes mit der rigorosesten zentralen Lenkung am stärksten gelitten hat. Die Differenzen zwischen der DDR und Ungarn können auch als Zeugnis einer orthodoxen bzw. reformfreudigen Politik dieser Länder bewertet werden. Die bereits erwähnte unterschiedliche Haltung in bezug auf die Einführung von Marktmechanismen in das sozialistische Wirtschaftssystem fand hier offensichtlich ihren Niederschlag. Ungarn erzielte, was seine Stellung auf dem OECD-Markt und die Wettbewerbsfähigkeit seiner Produkte betrifft, durchaus bemerkenswerte Fortschritte. Für die DDR hingegen zeigt sich ein Scheitern ihrer orthodoxen, auf Vervollkommnung des zentralen Steuerungsmechanismus zielenden Wirtschaftspolitik. Bezeichnend hierfür ist der Verlust der Wettbewerbsfähigkeit bei beiden forschungsintensiven Güterarten.

IV. Schlußfolgerungen

Es wurde der Versuch unternommen, die Frage nach der Abkopplung der zentralgeplanten Wirtschaftssysteme von der Weltwirtschaft zu beantworten. Der empirische Befund erlaubt die Feststellung, daß diese Abkopplung tatsächlich um die Dekadenwende stattfand und daß Osteuropa in den achtziger Jahren den Anschluß auf den Weltmärkten sichtbar verloren hat. Ursächlich für diese Entwicklung war die systemimmanente Instabilität der Wirtschaftsverfassung der untersuchten RGW-Länder. Die externen Störungen waren die auslösenden Faktoren binnen- und außenwirtschaftlicher Prozesse, die nachhaltige Verschlechterungen der Wirtschaftslage in diesen Ländern zur Folge hatten. Die internen Lenkungsmechanismen, die lange Zeit noch eine gewisse Wirksamkeit hatten, waren angesichts der Schocks der

siebziger und achtziger Jahre überfordert. Der Grad des Versagens war, gemessen an der Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit dieser Länder, um so größer, je stärker das Wirtschaftsgeschehen zentralisiert war. Der Fall der DDR, die ihre Marktstellung und Wettbewerbsfähigkeit gerade bei forschungsintensiven Gütern einbüßte, ist hierfür ein Beispiel. Die Bewältigung der Anpassungsprobleme scheint dagegen in einem reformfreudigen Land wie Ungarn relativ weit vorangekommen zu sein.

Es zeigte sich ebenfalls, daß sich der künftige Wettbewerb zwischen Ost und West vor allem zwischen Entwicklungsländern und RGW-Staaten abspielen wird [Donges, 1988]. Wenn die sozialistischen Länder auf den Exportmärkten wieder aufholen wollen, so werden sie, anders als vor zwanzig Jahren, auf etablierte und dynamische Gruppen asiatischer Schwellenländer stoßen. Versäumen sie dagegen grundlegende Reformen des Wirtschaftssystems, so werden sie mit den weniger fortgeschrittenen unter den Entwicklungsländern um Marktanteile konkurrieren; dies würde dann eher im Bereich rohstoff-, arbeits- und kapitalintensiv hergestellter "einfacher" Produkte geschehen. Es ist nicht mehr auszuschließen, daß in der nahen Zukunft asiatische Schwellenländer zu Technologielieferanten sozialistischer Staaten werden, damit diese ihre Stellung angesichts neuer aufschließender Länder überhaupt behaupten können.

Angesichts dieser Diagnose stellt sich die Frage, welche Reformen in Osteuropa ins Haus stehen. Diese Frage gewinnt angesichts der zahlreichen Hoffnungen in Ost und West an Bedeutung, die der neue Regierungsstil von Michail Gorbatschow geweckt hat. Zweifelsohne gibt es einige bemerkenswerte Änderungen in der Wirtschaftspolitik vieler RGW-Länder - freilich nicht der DDR oder Rumäniens -, die eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit osteuropäischer Anbieter möglich machen. Sie konzentrieren sich in der Regel auf ausgesuchte Wirtschaftsbereiche, und sie versuchen, marktwirtschaftliche Elemente in die bestehenden Wirtschaftsstrukturen zu integrieren (1).

(1) In vielen Ländern versucht man, monopolistische Marktstrukturen durch Deregulierungsmaßnahmen und die Gründung neuer, kleiner Unternehmen zu durchbrechen [z.B. Bauer, 1986], wobei auch in der Sowjetunion sich eine Abkehr von der bislang beobachtbaren Gigantomanie abzeichnet [Korostelev, 1988]. Reformüberlegungen machen auch vor dem Kapitalmarkt nicht halt. In Ungarn existiert bereits ein Wertpapiermarkt [Kornai, 1986], in Polen wurden erste staatliche Unternehmungen in Aktiengesellschaften umgewandelt [Likowski, 1987], und die sowjetische Wirtschaftspresse brach mit einem sozialistischen Tabu und diskutiert z.B. die Einführung von Wertpapieren [Nikifor, 1988].

Grundstein aller Reformen müßte allerdings eine komplexe und alle Bereiche umfassende Änderung des Preisfindungsmechanismus bilden. Solange nämlich die Preise die Knappheitsverhältnisse nicht widerspiegeln, solange werden auch die an sich marktwirtschaftlichen Reformelemente an dieser fehlenden Grundlage scheitern müssen (1). Der fehlenden Konsistenz ist auch zum großen Teil das Versagen der zahlreichen bisherigen Reformprogramme anzulasten. Der träge Wirtschaftsmechanismus ist in Zeiten weltwirtschaftlicher Störungen nicht in der Lage, für eine einigermaßen wirksame Allokation der Ressourcen zu sorgen; es ist aber noch wirksam genug, die Funktionsweise der partiell eingeführten und zum wirtschaftspolitischen Umfeld einer Planwirtschaft kaum kompatiblen Marktelemente zu pervertieren.

Die RGW-Staaten werden also in den kommenden Jahren eine Konsolidierungs- und Anpassungsphase einleiten müssen. In solchen Situationen stellt sich regelmäßig die Frage, ob eine gradualistische Vorgehensweise einem "big bang" vorzuziehen ist. Einiges spricht für schnelles und entschiedenes Handeln der wirtschaftspolitisch Verantwortlichen. Nur so nämlich, wie übrigens auch chinesische Erfahrungen zeigen, kann eine neue, reformatorische Lobby entstehen, bevor sich die alten Interessengruppen wirksam neu formieren. Eine gradualische Vorgehensweise, wie die Beispiele Ungarns und besonders Polens deutlich zeigen, läßt für eine rasche Besserung der wirtschaftlichen Lage wenig Hoffnung. Sollten wirksame Reformbemühungen scheitern oder unterbleiben, so könnte es passieren, daß aus sozialistischen NICs (Newly Industrializing Countries) in einigen Jahren sozialistische NUCs (Newly Underdeveloped Countries) werden.

Auch die Frage der Währungsconvertibilität wird in zahlreichen RGW-Ländern erneut aufgeworfen [Bilski, 1987; Rybalko, 1988].

- (1) Erneut an Aktualität hat in diesem Zusammenhang die berühmte Feststellung von Mises [1921] gewonnen, derzufolge eine Wirtschaftlichkeitsrechnung der Unternehmen ohne ein den Knappheitsrelationen entsprechendes System der relativen Preise und dieses ohne Markt nicht möglich ist. Sein damaliger intellektueller Gegner Lange [1936] hatte seinerseits die Errichtung eines Denkmals Ludwig von Mises in der "Halle eines zentralen Planungsamtes in einem sozialistischen Staat" gefordert. Lange war damals allerdings überzeugt, daß die Dichotomie von Plan und Markt kein unüberwindbares Problem bei der Gestaltung der sozialistischen Zukunft darstellen würde. Heute, über sechzig Jahre nach von Mises [1921] "Die Wirtschaftsrechnung im sozialistischen Gemeinwesen" und fünfzig Jahre nach der engagierten Polemik Langes gibt es jedoch gute Gründe zu glauben, daß von Mises von der Geschichte auf eindrucksvolle Weise bestätigt worden ist.

Tabelle A1 - Wissenschaftler und Ingenieure, beschäftigt in Forschung und Entwicklung nach Tätigkeitsbereichen 1985 (a) (vH)

	Integrierte Unternehmensforschung	Hochschulforschung	Sonstige (b)
Ungarn	43,5	20,8	35,7
Polen	8,5	31,3	60,2
Tschechoslowakei	34,8	5,2	60,0
Singapur (c)	34,4	38,6	27,0
Südkorea (d)	39,2	40,9	19,9
nachrichtlich:			
USA (c)	73,5	13,7	12,8
Bundesrepublik Deutschland (d)	61,5	23,0	15,5

(a) Wegen der unvollständigen Daten zu den F&E-Aktivitäten einzelner Länder ist es nicht möglich, Angaben für alle hier untersuchten Länder zu machen. Als Ersatz für die fehlenden Daten für die DDR wurden an dieser Stelle entsprechende Daten für die Tschechoslowakei angegeben. - (b) Öffentliche Dienste und Forschungseinrichtungen. - (c) 1984. - (d) 1983.

Quelle: UNESCO [1987]; eigene Berechnungen.

Übersicht A1 - Zuordnung von Bezeichnungen der Außenhandelsstatistik zu den einzelnen Güterarten

Güterart	Bezeichnung nach SITC	Kurzbezeichnung
Rohstoffintensive Güter	0	Nahrungsmittel und lebende Tiere
	2-26	Rohstoffe ohne Nahrungsmittel, mineralische Brennstoffe und Spinnstoffe
	3-35	Mineralische Brennstoffe ohne elektrischen Strom
	4	Tierische und pflanzliche Öle, Fette und Wachse
	56	Chemische Düngemittel
Arbeitsintensive Güter	26	Spinnstoffe
	6-(62,67,68)	Bearbeitete Waren, ausgenommen Kautschukwaren, Eisen und Stahl und NE-Metalle
	8-(87,88)	Sonstige bearbeitete Waren, ausgenommen Meß-, Prüf- und Kontrollinstrumente, Geräte etc., als auch photographische Apparate, Ausrüstung, Zubehör, optische Waren, Uhrmacherwaren
Kapitalintensive Güter	1	Getränke und Tabak
	35	Elektrischer Strom
	53	Farbstoffe, Gerbstoffe und Farben
	55	Ätherische Öle, Körperpflegemittel, Waschmittel
	62	Kautschukwaren
	67	Eisen und Stahl
	68	NE-Metalle
	78	Straßenfahrzeuge
Leicht imitierbare forschungsintensive Güter	51	Organische Chemikalien
	52	Anorganische Chemikalien
	54	Medizinische und pharmazeutische Erzeugnisse
	58	Kunststoffe, Zelluloseäther und -ester
	59	Andere chemische Erzeugnisse
	75	Büro- und Datenverarbeitungsmaschinen
	76	Geräte für Nachrichtentechnik, Bild- und Tonaufnahme- und wiedergabegeräte
Schwer imitierbare forschungsintensive Güter	57	Pulver und Sprengstoffe, pyrotechnische Artikel
	7-(75,76,78)	Maschinenbauerzeugnisse, elektrotechnische Erzeugnisse und Fahrzeuge, mit Ausnahme von Büro- und Datenverarbeitungsmaschinen, Geräte für Nachrichtentechnik und Straßenfahrzeuge
	87	Meß-, Prüf- und Kontrollinstrumente
	88	Photographische Apparate, Ausrüstung, Zubehör, optische Waren

Quelle: Hufbauer, Chilas [1974]; Klodt [1987]; eigene Berechnungen.

Literaturverzeichnis

- AGANBEGIAN, Abel G., "Programma korennoj perestrojki". EKO, 1987, Nr. 11, S. 3-19.
- AGARWAL, Jamuna P., Hans H. GLISMANN, Peter NUNNENKAMP, , Olpreisschocks und wirtschaftliche Entwicklung. Anpassungsprobleme in der Dritten Welt. Kieler Studien, 176, Tübingen 1983.
- ASH, Timothy G., The Polish Revolution: Solidarity 1980-82. London 1983.
- BANK FÜR INTERNATIONALEN ZAHLUNGS AUSGLEICH (BIZ), Entwicklung des Internationalen Bankgeschäfts, Drittes Quartal 1987. Basel, Februar 1988.
- BALASSA, Bela, "Trade Liberalization and 'Revealed' Comparative Advantages". The Manchester School of Economic and Social Studies, Vol. 33, 1965, S. 99-123.
- , The Newly Industrializing Countries in the World Economy. New York 1981.
- , "Reforming the New Economic Mechanism in Hungary". Journal of Comparative Economics, Vol. 7, 1983, S. 253-276.
- BAUER, Tamas, "The New Hungarian Forms of Enterprise Management and their Economic Environment". In: Helmut LEIPOLD, Alfred SCHÜLLER (Hrsg.), Zur Interdependenz von Unternehmens- und Wirtschaftsordnung. Stuttgart 1986, S. 121-136.
- BILSKI, Janusz, "Wymienialnosc zlotowki: im szybciej, tym lepiej". Polityka, Nr. 36, 13.9.1987, S. 13-15.
- BRABANT, Josef M. van, Adjustment, Structural Change and Economic Efficiency: Aspects of Monetary Cooperation in Eastern Europe. Cambridge 1987.
- BRUS, Wlodzimierz, Ogolne problemy funkcjonowania gospodarki socjalistycznej. Warschau 1964.
- , Geschichte der Wirtschaftspolitik in Osteuropa. Köln 1986.
- CHORZOV, Stanislav E., Zakon koncentracji socjalisticeskovo proizvodstva. Moskau 1985.
- CSIKOS-NAGY, Béla, "Restructuring Incentives in Hungary". In: Bela BALASSA, Herbert GIERSCH (Eds.), Economic Incentives. Proceedings of a conference held by the International Economic Association at Kiel, West Germany. London 1986, S. 258-268.
- DONGES, Juergen B., Kritische Anmerkungen zum Ost-West-Handel. Institut für Weltwirtschaft, Kieler Arbeitspapiere, 324, April 1988.
- , Lotte MULLER-OHLSSEN, Außenwirtschaftsstrategien und Industrialisierung in Entwicklungsländern. Kieler Studien, 157. Tübingen 1978.

ECONOMIC COMMISSION FOR EUROPE (ECE), "World Imports of Engineering Goods, 1961-1985". Economic Bulletin for Europe, Vol. 39, 1987, Nr. 4, S. 769-795.

--, Economic Survey of Europe in 1987-1988. New York 1988.

THE ECONOMIST, Vol. 305, 28.11.1987, S. 49, "Perestroika personified".

--, Vol. 306, 30.07.1988, S. 76-78, "East European debt: So have we learnt our lesson?".

EKONOMICESKAJA GAZETA, Mai 1988, Nr. 19, S. 15-16, "Cena na uslugu".

EVSTIGNEEV, Ruben N. (Hrsg.), Mechanizm integracii nauki s proizvodstvom. Moskau 1984.

FINK, Gerhard, MAULER, Kurt, Hard Currency Debt Assessment: Six CMEA Countries and Yugoslavia. Forschungsberichte des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche, 108, Juli 1985.

GALASI, Peter, Garbor KERTESI, "Second Economy, Competition, Inflation". Acta Oeconomica, Vol. 35, 1985, S. 269-293.

GIERSCH, Herbert, "Aspects of Growth, Structural Change, and Employment". Weltwirtschaftliches Archiv, Vol. 115, 1979, S. 629-652.

GŁOWNY URZĄD STATYSTYCZNY (GUS), Maly Rocznik Statystyczny 1988. Warschau 1988.

GORBARTSCHOW, Michail, Perestroika: Die zweite russische Revolution. München 1987.

GORCZAK, Tomasz, "Modele cenowe w krajach RWPG". Zycie Gospodarcze, Vol. 40, 1985, Nr. 29, S. 9.

HAUS, Ber, Jan LICHTARSKI, Henryk JAGODA, Organizacja i funkcjonowanie dobrowolnych zrzeszen panstwowych: synteza wynikow badan. Instytut Gospodarki Narodowej, Raporty, 22, Warschau 1986.

HIRSCH, Seev, "Hypotheses Regarding Trade Between Developing and Industrial Countries". In: Herbert GIERSCH (Ed.), The International Division of Labour: Problems and Perspectives. International Symposium, Tübingen 1974, S. 65-82.

HOLZER, Jerzy, "Solidarität": Die Geschichte einer freien Gewerkschaft in Polen. München 1985.

HUFBAUER, Gary C., John G. CHILAS, "Specialization by Industrial Countries: Extent and Consequences". In: Herbert GIERSCH (Ed.), The International Division of Labour Problems and Perspectives. International Symposium, Tübingen 1974, S. 3-38.

ILIN, Mark S., Naucno-techniceskie potencjaly stran SEV: sostojanie i vzaimodejstvie. Moskau 1984.

- INOTAI, Andras, "Wirtschaftsreform und Wirtschaftsstrategie in Ungarn". Südosteuropa, Vol. 36, 1987, Nr. 10, S. 598-610.
- INTERNATIONAL BANK FOR RECONSTRUCTION AND DEVELOPMENT (IBRD), The World Bank Atlas. Washington 1987.
- ISKRA, Wieslaw, "Wspolpraca gospodarcza nowego typu". Mysl marksistowska, Vol. 1, 1985, H. 5, S. 14-30.
- JAKUBOWICZ, Szymon, "Zwiazki przedsiebiorstw i zakladow w przemyśle". In: Szymon JAKUBOWICZ, Jan MUJZEL (Hrsg.), Funkcjonowanie gospodarki polskiej. Warschau 1984, S. 152-196.
- KALISZ, Jozef, "Jak uzdrowic komuterowy rynek". Rzeczpospolita, Nr. 17, 22.01.1988, S. 8.
- KLODT, Henning, Wettlauf um die Zukunft: Technologiepolitik im internationalen Vergleich. Kieler Studien, 206, Tübingen 1987.
- KONSULTACYJNA RADA GOSPODARCZA, "Gospodarka w 1987 roku (1)". Zycie Gospodarcze, Vol. 43, Nr. 11, S. 1 und 6.
- KORNAI, Janos, Economics of Shortage, Vol. A, B. Amsterdam 1980.
- , "Comments on the Present State and the Prospects of the Hungarian Economic Reform". Journal of Comparative Economics, Vol. 7, 1983, S. 225-252.
- , "The Hungarian Reform Process: Visions, Hopes, and Reality". The Journal of Economic Literature, Vol. 24, 1986, Nr. 4, S. 1687-1737.
- KOROSTELEV, V. A., "Renessans melkowo tovarnowo proizvodstva". EKO, 1988, Nr. 2, S. 21-33.
- KOSTA, Jiri, Friedrich LEVCIK, Wirtschaftskrise in den osteuropäischen RGW-Ländern. Köln 1985.
- KOSTRZEWA, Wojciech, Devisenschwarzmarkt in Polen - seine Eigenschaften, sein Modell und seine Bedeutung für die polnische Wirtschaft. Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Böttcher-Stiftung Hamburg, Aufsatzwettbewerb Wirtschaftspolitik 1986. Kiel 1987, S. 5-47.
- LANGE, Oskar, "Zagadnienie rachunku gospodarczego w ustroju socjalistycznym". Ekonomista, Vol. 36, 1936, Nr. 4, S. 53-75.
- LEBKOWSKI, Maciej, Jan MONKIEWICZ, "Western Direct Investment in Centrally-Planned Economics". Journal of World Trade Law, Vol. 20, 1986, Nr. 6, S. 624-638.
- LECIEJEWSKI, Klaus, "Ökonomische Reformen in der DDR: Geschichte - Probleme - Perspektiven". Aus Politik und Zeitgeschichte, 22. Januar 1988, S. 3-17.
- LENIN, Vladimir, Der Imperialismus als jüngste Etappe des Kapitalismus. Hamburg 1921.

- LIESNER, H. H., "The European Common Market and British Industry". *The Economic Journal*, Vol. 68, 1958, S. 302-316.
- LIKOWSKI, Jacek A., "Potrzebny nam jest rynek kapitalowy: Droga przez giełde". *Polityka*, Nr. 47, 21.11.1987, S. 16.
- LUDWIG, Jutta, "Joint Ventures: Ein schneller Lernprozeß hat die Verhandlungszeiten verkürzt". *Handelsblatt*, 05.05.1987, Nr. 85, S. 31.
- MACHOWSKI, Heinrich, "Der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW): Ziele, Formen und Probleme der Zusammenarbeit". In: OSTKOLLEG DER BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG (Hrsg.), *Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe: Strukturen und Probleme*. Köln 1985, S. 11-25.
- MARER, Paul, "Alternative Estimates of the Dollar GNP and Growth Rates of the CMEA Countries". In: JOINT ECONOMIC COMMITTEE OF THE CONGRESS OF THE UNITED STATES (Ed.) *East European Economies: Slow Growth in the 1980's*, Vol. 1. Washington 1985, S. 133-193.
- , "Economic Reform in Hungary. From Central Planning to Regulated Markets". In: JOINT ECONOMIC COMMITTEE OF THE CONGRESS OF THE UNITED STATES (Ed.), *East European Economies: Slow Growth in the 1980's*, Vol. 3. Washington 1986, S. 223-297.
- MARX, Karl, Friedrich ENGELS, *Das Kommunistische Manifest* (1. Aufl. 1848). Berlin 1906.
- MEIER, Christian, *Sowjetische Außenwirtschaft im Zeichen der Perestrojka: Zwischen Blockbindung und Öffnung zur Weltwirtschaft*. Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Nr. 50, Köln 1987.
- MISES, Ludwig von, "Die Wirtschaftsrechnung im sozialistischen Gemeinwesen". *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*, Vol. 47, 1920/21, S. 86-121.
- MÜLLER, Aleksander, "Przyspieszony wzrost gospodarczy w latach 1971-1975 a propozycja wzrostu w trzydziestolecie 1950-1980". In: Aleksander MÜLLER (Hrsg.), *U źródeł polskiego kryzysu*. Warszawa 1985, S. 98-221.
- NIKIFOR, L. "Obsceie i licnoie: novye formy sviazej. Ob arende, vkladach v predpriatia i akcjach". *Ekonomiceskaja Gazeta*, Februar 1988, Nr. 8, S. 17.
- NOWICKI, Jozef, *On Disguised Unemployment in the Centrally-Planned Economy*. World Economy Research Institute, Working Paper, 9, Warszawa 1987.
- NYERS, Rezsö, "Interrelations between Policy and the Economic Reform in Hungary". *Journal of Comparative Economics*, Vol. 7, 1983, S. 211-224.
- OECD [a], "East-West Financial Relations: Recent Developments and Medium-Term Prospects". *Financial Market Trends*, 1988, Nr. 39, S. 17-44.
- [b], *Foreign Trade by Commodities*. Paris, lfd. Jgg.
- [c], *Monthly Statistics of Foreign Trade*. Paris, lfd. Jgg.

- OLBBYCHT, Jacek, Sławomir SOLARZ, "Ekonomiczne uwarunkowania wewnętrznych ograniczeń pozataryfowych polskiego importu". *Handel Zagraniczny*, Vol. 32, 1987, Nr. 4-5, S. 14-17.
- POZNANSKI, Kazimierz, "Competition Between Eastern Europe and Developing Countries in the Western Market for Manufactured Goods". In: JOINT ECONOMIC COMMITTEE OF THE CONGRESS OF THE UNITED STATES (Ed.), *East European Economies: Slow Growth in the 1980's*, Vol. 2. Washington 1986, S. 62-90.
- PYSZ, Piotr, Wolfgang QUAISSER, "Polens Wirtschaft zwischen Krise und Reform". *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 11.03.1988, S. 49-61.
- RYBALKO, G., "Konvertabelnost rubla v povestke dnia." *Ekonomiceskaja Gazeta*, Nr. 9, Februar 1988, S. 20.
- RYBCZYNSKI, Tadeusz M., "Factor Endowment and Relative Commodity Prices". *Economica*, Vol. 22, 1955, Nr. 88, S. 336-341.
- RYDYGIER, Wiesław, "Pulapka zadłużenia". In: Aleksander Müller (Hrsg.), *U źródeł polskiego kryzysu*. Warszawa 1985, S. 222-305.
- RZECZPOSPOLITA, Nr. 16, 21.01.1988, S. 7.
- SOVET EKONOMICESKOJ VZAIMOPOMOSTI (SEV) Statisticeskij eschegodnik stran-clenov soveta ekonomiceskoj vzaimopomosci. Moskau 1986.
- UNITED NATIONS EDUCATIONAL, SCIENTIFIC, AND CULTURAL ORGANIZATION (UNESCO), *Statistical Yearbook 1987*. Paris 1987.
- VERNON, Raymond, "The Product Cycle Hypothesis in a New International Environment". *Oxford Bulletin of Economics and Statistics*, Vol. 41, 1979, S. 255-267.
- WEISS, Frank D., *West Germany's Trade with the East: Hypotheses and Perspectives*. Kieler Studien, 179, Tübingen 1983.
- ZLOCH-CHRISTY, Iliana, *Debt Problems of Eastern Europe*. Cambridge 1987.